de 2

Die

Reformbestrebungen

unserer Zeit.

Zerstreute Gedanken

über

die deutsche Einheit.

Vom Verfasser

von

„Der Deutsche Bund“ und „Was hat Preußen gesagt — gethan?“

3

Leipzig.
Verlag von Christian Ernst Kollmann.
1859.

Einleitung.

Der jüngst abgeschlossene Friede von Villafranca hat für Deutschland eine sehr unheilvolle Wirkung gehabt, indem er dem Parteizwiste neue Nahrung gegeben und jene Seite des deutscheu Volkscharakters immer schärfer hervorgehoben hat, welche geradezu eine Schwäche des deutschen Volks genannt werden kann und dem Auslande immer Gelegenheit geboten hat, uns als politisch unmündig zu betrachten und zu behandeln.

Als zu Anfang dieses Jahres das verrätherische Spiel Frankreichs begann, die bestehende Rechtsordnung der europäischen Staaten zu stürzen und an deren Stelle seinen dictatorischen Willen geltend zu machen, konnten wir einen Augenblick lang glauben, daß das deutsche Volk zu dem Bewußtsein seiner Macht und seines Einflusses auf die Leitung der europäischen Angelegenheiten gelangt sei. Ueberall, in allen Gauen unseres Vaterlandes regte sich der Wunsch, mit einer besonnenen, entschlossenen Haltung in die drohende Intrigue, die sich zunächst gegen Oesterreich wandte, hemmend einzuwirken, sie in ihrer Entwickelung aufzuhalten und so als der Hort und Beschützer des Bestehenden auf-

zutreten. Das war der Beginn eines praktischen Sinnes, das erste Zeichen des wieder erwachenden Bewußtseins unserer Geltung im europäischen Staatensysteme, deren wir uns so lange nicht erinnert, an dessen Erwachen das Ausland sorgsam uns verhindert hatte.

Leider dauerte diese allgemeine Begeisterung nicht lange. Eifersucht gegen Oesterreich, der Wunsch: einer Sonderpolitik ungehemmte Thätigkeit zu verschaffen und der Lockton liberaler Phrasen bethörte bald den praktischen Blick eines Theiles unserer Nation und verführte ihn, das Unrecht für Recht zu erkennen. Vergeblich warnte der gesundere Theil Deutschlands vor Ueberstürzung und Selbstverblendung; man antwortete ihm nur mit Schmähungen und erging sich um so eifriger in einem träumerischen Kosmopolitismus, der von jeher die Ohnmacht und die Schmach des deutschen Wesens herbeigeführt hat. Die Geschichte soll freilich die Lehrerin der Völker sein, sie könnte es, wenn Leidenschaft und Dünkel nicht wären und jede Selbsterkenntniß verhinderten. Für Deutschland wenigstens scheinen die Mahnungen vergangener Zeiten völlig verloren zu sein. Wenn man sie anerkennt, sich auf sie beruft, so geschieht es nur, um gerade das Gegentheil dessen darin zu lesen, was sie enthalten.

Verkennen wir nur die Lage der Dinge nicht, welche von Neuem einen verderblichen Zwiespalt in das deutsche Volk zu werfen droht. Es war nicht die Haltung der kleinen und mittleren Staaten Deutschlands, welche Preußens Action hinderte und einen neuen Beweis lieferte, daß die Kleinstaaten ein jedes gemeinsame Vorgehen unseres Vaterlandes als einer festgeschlossenen Gesammtmacht unmöglich

machen, wie noch jetzt Beseler in seiner neuesten Schrift: „Das deutsche Verfassungswerk" behauptet, — sondern Preußens Bestreben, als europäische Großmacht einen Streit zu schlichten, der nur allein vom deutschen Standpunkt entschieden werden konnte; es war nicht das leichtsinnige Gebahren Süddeutschlands, einen Krieg ohne dringende Veranlassung herbeizuführen, sondern die ganz richtige Erkenntniß, daß die ernste Haltung Deutschlands, sein Eintreten für die angefochtenen Rechte Oesterreichs den Krieg unmöglich machen müsse.

Man sollte meinen, diese Ansicht sei von den Thatsachen des letztverflossenen Halbjahres so vollständig als wahr erwiesen, daß ein Zweifel darüber nicht mehr aufkommen könne. Schon die ihrer Zeit vielbesprochenen Moniteur-Noten vom 5. März, 10. und 15. April lieferten ja den unwiderleglichen Beweis, daß Napoleon einen Eintritt des deutschen Bundes in seinen Streit mit Oesterreich nicht wünschenswerth fand und daher alle Künste schlauer Sophistik aufwandte, um das eigentliche Ziel seiner Politik zu verschleiern, Deutschland über sein Interesse an der aufgeworfenen Frage zu täuschen. Mazzini war damals der Einzige, welcher dieses trügerische Spiel durchschaute und schonungslos der Welt enthüllte; aber er war als Agitator Italiens bekannt uud so wurde ihm die Rolle der Cassandra zugetheilt. Niemand glaubte ihm und sein Warnungsruf verhallte ungehört. Jetzt, wo die Erfahrung seine Ansichten über die napoleonische Politik bestätigt hat, druckt man mit großer Emphase seinen Brief an die Times auch in deutschen Blättern ab, und doch enthält derselbe eine Verurtheilung der bisherigen Politik der vermittelnden Mächte und der Ansichten der sogenannten national-deutschen Par-

tei, wie man sie nicht schärfer und einschneidender finden kann.

Dieselbe Beurtheilung der werdenden Verhältnisse Europas ward auch in deutschen Zeitungen und Brochüren niedergelegt, aber die Träger derselben wurden als Thoren und Wahnwitzige an den Pranger gestellt; dieselbe Ansicht lebte auch in dem größten Theile der deutschen Regierungen und ließ sie fortwährend in Preußen dringen, aus dem mystischen Dunkel, in das es seine Politik gehüllt hatte, herauszutreten und durch eine mannhafte Haltung der unersprießlichen, alle materiellen Interessen lähmenden und täglich drohender werdenden Lage ein Ende zu machen — und man beschuldigte sie eines strafbaren Partikularismus —.

Das Alles ist so klar, daß nur der Parteigeist sich gegen diese Einsicht freiwillig blind machen kann, weil es eben seinen Sondergelüsten nicht zusagt. Und der Parteigeist regt sich denn auch wieder in Deutschland; nur hat er einen eigenthümlichen Ausgangspunkt genommen. Gerade die Ansicht, welche er am lebhaftesten bekämpfte, stellt er plötzlich als die seinige auf und leitet daraus Beschuldigungen gegen die Kleinstaaterei her, die im Grunde nur denjenigen Großstaat treffen, der Alles aufbot, um die ursprünglich reine Begeisterung Deutschlands niederzuhalten.

Zur Zeit, wo Oesterreich mit Frankreich im heißen, blutigen Kampfe für die heiligsten Güter eines großen Volkes und Staates: Selbstbestimmung und Unantastbarkeit des durch Verträge geheiligten Besitzes rang, wo es außer den zahlreichen, kriegsgeübten Heeren des letzteren Staats die Revolution mit dem scheußlichsten Verrathe sich gegenüber sah; da erscholl wohl aus Süddeutschland der Ruf, die

gesammte deutsche Macht solle sich erheben und unter Preußens Führung dem bedrängten Bruderstaate zu Hülfe eilen. Diesem Rufe, der zuerst aus Nassau ertönte und der in den übrigen süddeutschen Staaten lauten Wiederhall fand, schloß sich auch Norddeutschland in seinen geachtetsten Organen an. Dieser Ruf hatte den praktischen Zweck, eine Machtentfaltung Deutschlands zu erstreben, der in demselben Maße dem Auslande Achtung abnöthigen konnte, als er den Grundsatz geltend machte, Deutschland in seiner Gesammtheit vor muthwilligen Angriffen des Auslandes zu sichern und zu vertheidigen.

Nur zum Scheine folgte Preußen dieser Aufforderung, langsam und so lässig, daß unter seiner Führung Deutschlands Macht für Oesterreichs Heil zu spät kommen mußte. Täuschen wir uns darüber nicht! Die jetzt der Kenntnißnahme Aller vorliegenden preußischen Depeschen enthüllen diesen Zweck nur allzudeutlich. Nachdem Oesterreich über die piemontesische Grenze zurückgedrängt und genöthigt worden war, die Vertheidigung der lombardischen Ebene aufzugeben, nachdem die Schlacht am Mincio geschlagen war, konnte Preußen als vermittelnde Macht zu Gunsten Oesterreichs nichts mehr wirken. Selbst eine Diversion am Rhein hätte den deutschen Heeren nur schwere Niederlagen gebracht, und nur durch Verlängerung des Kriegs vielleicht eine günstigere Wendung des Geschicks für Oesterreich und Deutschland herbeiführen können.

Nachdem nun der Zweck jener allgemeinen Erhebung zu Gunsten Oesterreichs nicht erreicht, nachdem dieses in der That von seinem ältesten und natürlichsten Bundesgenossen aufgegeben war, hätte ein praktischer Sinn, wenn Deutsch-

land eines solchen in der That fähig wäre, dahin streben müssen, die Lehren, die ihm soeben gegeben worden, zu seinem Heile zu benutzen. Man mußte sich bemühen, das Band, das alle Staaten Deutschlands unter einander verknüpft, und dessen Lockerung von einer selbstsüchtigen Partei versucht worden war, fester zu schlingen, damit es bei einer neuen, vielleicht nahe bevorstehenden Gefahr nicht wieder Deutschland in seiner Ohnmacht und Zerrissenheit zeige. Aber gerade das Gegentheil geschieht. Statt das gemeinsame Band aller deutschen Staaten fester zu knüpfen, damit es Preußen nicht wieder einfalle, mit Verkennung der allgemeinen deutschen Interessen seine Sonderinteressen voranzustellen, weckt man systematisch die Zwietracht noch mehr, ergeht man sich in politische Theorien, deren praktische Werthlosigkeit eine noch nicht sehr alte Vergangenheit klar an den Tag gelegt, und bietet dem auf Deutschlands Macht eifersüchtigen Ausland das angenehme Schauspiel, daß wir weit entfernt sind von jener politischen Mündigkeit, welche alle Nachbarvölker in so hohem Grade auszeichnet.

Bereits am 16. Juli wurde durch die „Frankfurter Handelszeitung" ein Programm veröffentlicht, das ihr „von höchst achtbarer Seite" mitgetheilt worden und nach der Versicherung ihres Gewährsmannes vor wenig Tagen bei einer Besprechung namhafter Patrioten aus Nord und Süd des Gesammtvaterlandes aufgestellt wurde. Es enthielt folgende Punkte: 1. Beim Eintritte Deutschlands in den Krieg — dessen politische und militärische Führung nach Außen durch Preußen. 2. Einigung der deutschen Gesammtnation durch eine allgemeine Volksvertretung. 3. Stärkung der Wehrkraft durch ein das Volk und die einzelnen

Dienstpflichtigen erleichterndes Landwehrsystem und durch Aufstellung einer gerechten Entschädigungsweise für die Kämpfer im Fall eines Kriegs; sodann Herstellung einer deutschen Kriegsflotte. 4. Trennung der deutschen Länder in Verfassung und Verwaltung von außerdeutschen Gebieten.

Am 17. Juli trat in Eisenach eine Versammlung von Männern der demokratischen Partei aus den verschiedensten Theilen von Deutschland zusammen und einigte sich über folgende, eine größere Einigung Deutschlands anstrebende Sätze: 1. Wir erblicken in der gegenwärtigen politischen Weltlage für die Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlands große Gefahren, welche durch den zwischen Oesterreich und Frankreich abgeschlossenen Frieden eher vermehrt als vermindert worden sind. 2. Diese Gefahren haben ihren letzten Grund in der fehlerhaften Gesammtverfassung Deutschlands und sie können nur durch eine schleunige Aenderung dieser Verfassung beseitigt werden. 3. Zu diesem Zwecke ist es nothwendig, daß der deutsche Bundestag durch eine feste, starke und bleibende Centralregierung Deutschlands ersetzt, und daß eine deutsche Nationalversammlung einberufen werde. 4. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die wirksamsten Schritte zur Erreichung dieses Ziels nur von Preußen ausgehen; es ist daher dahin zu wirken, daß Preußen die Initiative dazu übernehme. 5. Zu diesem Zwecke und zu kräftigerer Wahrung der deutschen Interessen nach Außen sind einstweilen und bis zur definitiven Constituirung der deutschen Centralregierung die Leitung der deutschen Militärkräfte und die diplomatische Vertretung Deutschlands nach Außen auf Preußen zu übertragen. 6. Es ist Pflicht jedes deutschen

Mannes, die preußische Regierung, insoweit sie ihre Bestrebungen darauf richtet, nach Kräften zu unterstützen und wird gewiß dem deutschen Volke kein Opfer zu schwer sein, um es nicht der Unabhängigkeit, der Einheit und dem Glücke des deutschen Vaterlandes freudig zu bringen.

Eine im Wesentlichen gleichlautende Erklärung unterzeichnete am 19. Juli eine Anzahl Mitglieder der hannoverschen zweiten Kammer und General-Anwalte in Hannover unter dem Vorsitz des Grafen von Bennigsen, wobei nur hervorzuheben ist, daß diese Hannoveraner den Preußen verliehenen Vorzug in der Ordnung der deutschen Angelegenheiten dadurch zu beschönigen suchen, daß sie behaupten, „Oesterreich sei dazu außer Stande. Seine Interessen seien keine rein deutschen, könnten es auch niemals werden. Daneben werde die neuerdings selbst von der Regierung als nothwendig anerkannte Reform seiner inneren Zustände Oesterreichs volle Aufmerksamkeit auf lange Jahre in Anspruch nehmen.“

In diesen Programmen und Erklärungen, denen in einer Anzahl von Städten Deutschlands sich mehrfache Beitritts-Erklärungen anschlossen, bemerken wir mit Befriedigung den Trieb nach größerer Einigung unter den deutschen Volksstämmen; nur erscheint leider dieses Streben nach Einigung so wenig geläutert, so unklar und unbestimmt in seinem Wesen, daß es nur geringe Aussicht auf eine Verwirklichung hat, wenn das deutsche Volk sich an den Wortlaut dieser Erklärungen halten wollte. Man sagt, man wolle die deutsche Bundesverfassung reformiren. Aber jede Reform muß doch naturgemäß aus den Verhältnissen hervorgehen, die einmal da sind, die eine lange Geltung haben und sich

nicht ohne Weiteres bei Seite schieben lassen, wenn man nicht gewaltthätig das Bestehende vernichten will, was eben der Charakter einer Revolution, aber nicht der Reform wäre. Und gegen die Beschuldigung, eine Revolution hervorrufen zu wollen, verwahren sich ja alle die Männer, welche die Programme von Frankfurt, Eisenach und Hannover unterschrieben haben. Die bloße Behauptung, daß der deutsche Bund seiner Aufgabe nicht entsprochen habe, genügt eben so wenig; man darf sich die Mühe nicht verdrießen lassen, den Gründen nachzuforschen, weshalb die Institution des deutschen Bundes in ihrer Wirksamkeit gehemmt und den allmählig sich bildenden Verhältnissen gegenüber machtlos geworden ist. Eine solche Untersuchung, wird sie mit möglichst unbefangenem Sinue unternommen und durchgeführt, würde etwaige Mängel auffinden, zugleich aber auch die Mittel entdecken lassen, wie ihnen am zweckmäßigsten abzuhelfen wäre. Sie würde aber auch zu der Erkenntniß führen, welchen Antheil das deutsche Volk und seine Wortführerin, die deutsche Presse, an der Umgestaltung der deutschen Verhältnisse nehmen kann und darf — welche Fehler sie selbst begangen, und wie eben diese Fehler nicht unwesentlich zu der so laut beklagten Verwirrung des deutschen Gemeinwesens beigetragen haben.

Versuchen wir diese Aufgabe zu lösen, die bisher nur selten erkannt und noch seltener in Angriff genommen worden ist. Es ist eben nur ein Versuch, begonnen in der lebendigen Liebe zum deutschen Vaterlande, das, groß, mächtig und geachtet zu sehen, Niemand heißer wünschen kann, als eben der Schreiber dieser Zeilen. Ist er mißlungen, — nun, so wird er unbeachtet bei Seite gelegt und ver-

gessen werden; vermag er aber auch nur ein Wenig zur Läuterung des deutschen Bewußtseins beizutragen, so ist die Mühe reichlich vergolten, die ihm das Streben gekostet hat, in dem Wirrsal widerstreitender Ansichten klar zu sehen. Nur das Zeugniß können wir uns ausstellen, daß uns bei Ausarbeitung vorliegender Blätter nur das eifrigste und aufrichtigste Streben beseelte, ohne irgend eine Parteinahme das Wahre vom Unbegründeten und Erkünstelten zu sondern.

Der deutsche Bund.

In der neueren Zeit hat sich — namentlich in der deutschen Presse — ein seltsamer, aber in seinen Folgen verderblicher Mißbrauch geltend gemacht, indem man sich bei der Bezeichnung von Deutschland der Ausdrücke „Oesterreich, Preußen und Deutschland" bedient. Der Ursprung dieses Mißbrauchs, dieser in seiner Bedeutung ganz falschen Bezeichnung eines und desselben Begriffs durch eine dreigliedrige Benennung ist leicht aufzuweisen. Wir verdanken ihn einem Theile der deutschen Presse, die diese Bezeichnung erfand, um die Stellung Preußens als europäische Großmacht recht augenfällig hervorzuheben.

Wir protestiren entschieden gegen diese Dreitheilung des deutschen Staatenbundes als ebenso unwahr, wie die deutschen Interessen tief verletzend. Sie ist unwahr, denn Oesterreich und Preußen sind deutsche Länder und als solche vom Auslande anerkannt, sie nehmen als solche in der deutschen Bundesversammlung ihre verschiedenen Stellen ein sie ist aber auch für die deutschen Interessen verletzend, denn mit dieser Bezeichnung, soll sie für wahr und begründet

angesehen werden, tritt zugleich eine faktische Auflösung der deutschen Bundesverhältnisse ein, indem man damit den beiden deutschen Großmächten, den Umständen nach, eine Politik zuerkennt, die möglicherweise den unter dem Collectivnamen Deutschland zusammengefaßten mittlern und kleinern deutschen Staaten geradezu gefährlich werden kann, wie sie auch den wahren Interessen der beiden deutschen Großmächte entgegen treten muß. Ein Blick auf die Geschichte der letztvergangenen zehn Jahre beweist nur zu deutlich, daß diese Möglichkeit bereits zwei Mal zum wesentlichen Nachtheile Deutschlands sehr wirklich und handgreiflich geworden ist.

Als im Jahre 1853 Rußland die Integrität der Pforte bedrohte und Frankreich und England zum Schutze der letztern auftraten, so folgte Oesterreich nicht blos seinem Particularinteresse, indem es sich der Politik der Westmächte anschloß und sie, so weit es seine Lage erlaubte, unterstützte; es vertrat im Gegentheil vorzugsweise das deutsche Interesse, das in dieser drohenden Haltung Rußlands gegen die Pforte, namentlich an der untern Donau arg gefährdet war. Daß Oesterreich durch seinen Anschluß an die Westmächte nicht alle die Vortheile erringen, daß es namentlich nicht den Krieg vor seinem Ausbruche gänzlich verhindern konnte, verdankte es der schwankenden Haltung Preußens, das in seiner Politik der freien Hand die Zauberformel gefunden zu haben glaubte, welche ihm ein entscheidendes Votum über den letzten Zweck des Kriegs gewähren sollte. Für die Interessen Gesammtdeutschlands hatte aber diese zwiespaltige Politik der beiden Hauptstaaten den Nachtheil, daß wichtige Angelegenheiten unseres Vaterlandes, wie z. B.

der schleswig-holsteinische Streit nicht denjenigen beschleunigten und erwünschten Ausgang nahmen, den ein entschiedenes und gemeinsames Auftreten Deutschlands hätte herbeiführen können. — Die Theilnahme Deutschlands als Gesammtmacht an dem Kriege erschien den Westmächten so wichtig, daß wir wohl als Preis unserer Theilnahme die Auflösung des Londoner Protokolls wie die Befriedigung der Forderungen Schleswigs und Holsteins von Seiten Dänemarks verlangen und erhalten konnten. Diese Thatsachen sind jetzt von allen, selbst der preußischen Partei, so vollkommen anerkannt, daß wir uns jedes eingehenden Beweises enthoben halten. Dieselbe fehlerhafte und selbst in Preußen nachhaltig getadelte Politik bewog dieses letztere auch in den folgenden Jahren, in denen Oesterreich im Interesse Deutschlands der wachsenden Präponderanz Frankreichs im Orient kühn entgegentrat, und sowohl die Freiheit und Unabhängigkeit der Donauuferstaaten wie der Pforte mannhaft gegen die offenen und heimlichen Angriffe Frankreichs und Rußlands vertheidigte, eine der österreichischen entgegenstrebende Haltung zu beobachten. Selbst die Nationalzeitung, die nur preußische Interessen vertritt und die deutschen Verhältnisse lediglich aus preußischem Gesichtspunkte beurtheilt, nannte die damalige preußische Politik die Schild- und Schleppenträgerin Frankreichs, und mußte oft, gewiß sehr widerwillig, die echtdeutschen Tendenzen der österreichischen Politik anerkennen. Auch hier drängt sich die Ueberzeugung auf, daß eine von Oesterreich und Preußen gemeinsam festgehaltene und durchgeführte Politik nicht allein den späteren Uebergriffen Frankreichs entgegenwirken, sondern auch Deutschland eine Stellung in Europa hätte

erringen können, die die deutsche Nation immer erstrebt, aber, eben seiner inneren Zwietracht wegen, niemals zu erlangen vermocht hat.

Die beiden deutschen Großstaaten haben die Aufgabe, die deutsche Nation zu einem festeren Ganzen zusammenzuschließen, nicht ihr den Makel der inneren Uneinigkeit und haltlosen Schwäche für immer aufzudrücken. Sie sollen der vielfältigen Gliederung des deutschen Gemeinwesens den nöthigen Halt nach Außen geben, im Inneren die Entwickelung des deutschen Geistes in allen seinen verschiedenen Aeußerungen fördern. Dieses Ziel erreichen sie aber nicht, wenn sie die übrigen deutschen Staaten als eine todte Masse betrachten, die je nach dem äußern Impuls sich in eine beliebige Form kneten läßt. Dazu werden sich diese Staaten nie und nimmer gebrauchen lassen, denn sie haben allmählich das Bewußtsein erlangt, daß auch sie eine Mission in dem deutschen Völkervereine zu erfüllen haben, daß sie ein wesentliches Glied in dem großen Ganzen sind und ebenso für Oesterreich wie für Preußen ein wichtiges Complement ihrer Machtäußerung nach Außen sind.

Der jüngste Krieg hat dies in einer nicht mißzuverstehenden Weise gezeigt, und die Erfahrungen, welche während dieser schweren Zeit gemacht wurden, sollten in ihrem Werthe nicht unterschätzt werden. Diese Dreitheilung Deutschlands, die wir bekämpfen, weil sie den bestehenden Verhältnissen, wie den wichtigsten Interessen dieser Theile des Ganzen geradezu Hohn spricht, liegt aber auch gar nicht in der Natur begründet. Die Nothwendigkeit des Zusammengehens der deutschen Staaten hat sich zu allen Zeiten als unabweisbar herausgestellt, und wo sie von

Einzelnen verkannt wurde, rächte sie sich immer an diesen Verächtern ihres Volks, wie auch am Ganzen. Die deutsche Geschichte, namentlich seit dem westphälischen Frieden, enthält darüber die inhaltschwersten, schmerzlichsten Erfahrungen, und noch jetzt sind diejenigen Fürsten, welche damals dem deutschen Vaterlande den Rücken wandten, mit der Verachtung beladen, die ihrem ehrlosen Treiben ziemte. Die nicht wegzuleugnende Ueberzeugung, daß Deutschland nur im treuen Zusammenhalten aller seiner Theile eine Stelle in der Geschichte einnehmen könne, gab Gentz in den ernsten Jahren 1805 und 1806 die Worte ein „wenn Deutschland kein gemeinsames Band verknüpfe, so müsse man eins schaffen, um dem französischen Imperialismus die Spitze zu bieten. —“ Diese Politik der gemeinsamen Interessen führte das deutsche Volk, nach Jahren der schmachvollsten Unterdrückung, zu den Freiheitskriegen und am Wiener Congresse zu einer Einigung, welche, wenn sie auch nicht allen Bedürfnissen genügte, doch das Band ward, welches den deutschen Geist zu einem Ziele nach Außen und Innen geleiten sollte.

Der deutsche Bund, der alle deutschen Stämme zu einer festgeschlossenen Macht nach Außen hinstellte, entsprang vorzugsweise aus der inneren Ueberzeugung, daß Deutschland ein wichtiges Glied in der europäischen Staatenfamilie sei, ohne dessen gesunde und kräftige Entwickelung Europa selbst erkranken müsse. Diesen Gedanken sollte man festhalten, in jeder Zeit, wo man über Deutschlands Zukunft zu Gericht sitzt, denn er muß jeder Reform zu Grunde liegen, wenn sie wirklich den Charakter einer wohlthätigen Reform behaupten will.

Man hat diese Einrichtung, eine Frucht des Wiener

Congresses, vielfach geschmäht, gelästert, verhöhnt, man hat den Bund nur eine große Polizeianstalt genannt, dazu bestimmt, dem Absolutismus in Deutschland eine feste Basis zu geben, und in der That ist er seit seinem Bestehen einer Thätigkeit überantwortet worden, die mit der wahrhaften Natur seiner Institutionen nur wenig übereinstimmt. Aber die Grundzüge zu einem freisinnigen und nach dem Geiste der Zeit geordnetem Gemeinwesen, Gleichheit des Gerichtswesens (Art. 12), landständische Verfassungen (Art. 13), Gleichberechtigung der verschiedenen Religionsparteien (Art. 16), Freizügigkeit, Gemeinschaft des Güterankaufs in den verschiedenen Bundesstaaten und Preßfreiheit (Art. 18), sowie Freiheit des Handels und Verkehrs innerhalb des Bundesgebiets (Art. 19) sind in der Bundesakte mit klaren Worten ausgesprochen und garantirt worden. Woran liegt es, daß diese werthvollen Gaben entweder gar nicht oder nur verkümmert Eigenthum der Nation geworden sind? An der Bundesacte gewiß nicht, sondern an Denen, welche mit deren Ausführung betraut waren. Wie hier die innern Verhältnisse der deutschen Staaten im Geiste der Zusammengehörigkeit, des gemeinsamen Interesses vorgezeichnet waren, so hat auch die Wiener Schlußacte für die Ehre und Machtentfaltung des Staatenbundes Deutschland nach Außen gesorgt und durch einzelne Artikel einen Mißgriff wieder gut zu machen versucht, der für die Sicherheit unseres Vaterlandes von gefährlichen Folgen sein konnte und leider bereits gewesen ist.

Als ein Mißgriff wird es wenigstens in Deutschland allgemein anerkannt, daß von dem engern Bundesgebiet alle diejenigen Gebietstheile abgetrennt wurden, welche ein=

zelne deutsche Staaten, nämlich Oesterreich und Preußen, mit ihrem deutschen Ländergebiete verbunden hatten. Nur für das Bundesgebiet und seine Integrität sind sämmtliche Mitglieder des Bundes zu sorgen verpflichtet, für die nicht deutschen Theile tritt zunächst nur der Schutz des betroffenen Staates ein. Diese Zweispaltung der immer untrennbar bleibenden Interessen eines und desselben Staats ist eine Quelle fortdauernder Schwäche und Verwirrung. Ein Staat wird in der Praxis der internationalen Beziehungen niemals in seine einzelnen Theile getrennt werden können, ohne seine factische Auflösung und Vernichtung hervorzurufen. Daher ist es auch unmöglich, einen deutschen Bundesstaat sich lebensfähig zu denken, ohne ihn in der Gesammtheit seiner einzelnen Provinzen aufzufassen. Preußen wird ohne West- und Ostpreußen und Posen nie das Preußen sein, was es in der That und Wahrheit ist, wie auch Oesterreich ohne seine italienischen, slavischen und magyarischen Provinzen aufhören muß, der Staat zu sein, welcher eine so gewichtige Stellung in dem europäischen Staatensysteme einnimmt.

Bedenken wir ferner, daß der deutsche Bund nur an die Stelle des ehemaligen Kaiserreichs Deutschland trat, daß Deutschland wenigstens keinen der Ansprüche aufzugeben geneigt war, die es ehedem im Rathe der Völker geltend gemacht hatte, so war diese Beschränkung des deutschen Bundesgebiets, wie sie die Wiener Schlußacte aussprach, noch weniger erträglich und dem Zwecke, den deutschen Bund vor Angriffen von Außen sicher zu stellen, entsprechend. Gerade die außer dem deutschen Bunde liegenden Besitzungen Oesterreichs und Preußens müssen im Falle

einer Verstimmung zwischen den verschiedenen Cabinetten die gewünschte Veranlassung bieten, Deutschland in seinen werthvollsten Interessen zu schädigen, und ihm eine Ohnmacht geben, welche seine wahre Machtentfaltung für immer lähmt und hindert.

Zur Abwendung dieser Gefahr finden wir den Art. 47 der Wiener Schlußacte, welcher dem Bunde die Verpflichtung auferlegt, in den Fällen, wo ein Bundesstaat, der zugleich außer dem Bundesgebiete Besitzungen hat, in diesen Besitzungen bedroht oder angegriffen wird, gemeinschaftliche Vertheidigungs-Maßregeln zur Theilnahme oder Hülfsleistung zu treffen. Mit dieser und den daraus folgenden Bestimmungen der Wiener Schlußacte war es dem Bunde in die Hand gegeben, die Ausdehnung des früheren deutschen Reichs in ihrer vollen Bedeutung festzuhalten und trotz der factischen Trennung der einzelnen Glieder desselben eine Achtung gebietende Gesammtmacht dem Auslande gegenüber darzustellen. Eben weil beide deutsche Großmächte in die Lage gebracht waren, ihre außerdeutschen Gebietstheile als untrennbare Theile des Ganzen anzusehen und gelten zu lassen, durfte man hoffen, daß sie beide im gleichen Interesse sich gegenseitig, wenn auch nur stillschweigend diese von der Bezeichnung als Bundesgebiet ausgeschlossenen Besitzungen garantiren würden. Preußen bedurfte zum Schutz seiner polnischen Gebietstheile des Beistandes Oesterreichs ebenso gut, wie dieses der Hülfe Preußens; und wenn auch jenes eine größere Masse fremder Gebiete umfaßte, so hatte doch die Erfahrung von Jahrhunderten gelehrt, daß diese, unter Oesterreichs Scepter stehenden Länder zum Schutze Deutschlands ebenso nothwendig gehörten, wie sie bereits

durch die zahlreichen Ansiedelungen Deutscher deutschen Geist und deutsches Wesen in sich aufgenommen hatten und damit zu deutschen Provinzen geworden waren.

Demnach hätte man denken sollen, daß schon die Ehre der deutschen Nation dafür sorgen werde, Alles, was früher zum deutschen Reiche gehörte, auch nach der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse festzuhalten und gegen rechtlose Angriffe des Auslandes zu bewahren. Die späteren Zeiten haben gezeigt, daß diese gewiß berechtigten Hoffnungen sich nicht erfüllen sollten. Ein schwächlicher Particularismus brach sich mit der Zeit Bahn, und zwar gerade vorzugsweise von Seiten derjenigen Partei, welche sich das Ansehen giebt, der Sorge für die Ehre und Machtstellung der deutschen Nation sich mit besonderem Eifer hinzugeben. Nicht einzelne Provinzen, ein ganzes großes Reich, das seit Jahrhunderten zu Deutschland gehörte, das von Anfang dieses Jahrhunderts bis zur Erschöpfung für die Ehre der deutschen Nation gekämpft und geblutet hat, ist man bereit, aus den Listen des deutschen Bundes zu streichen. Weshalb, so fragt man sich erstaunt, diesen Act der Verzweiflung, über den das Ausland hohnlacht? Die Entgegnung lautet: Oesterreich ist seit dem Beginn des deutschen Bundes das Bleigewicht gewesen, das seine Entwickelung im Innern verhindert hat. Auch wir haben bereits erklärt, daß wir in den beiden deutschen Großmächten die Hüter der deutschen Bundesverfassung gern erkennen, weil sie die Macht und den Einfluß besitzen, bei allen Anordnungen sich die Entscheidung zu wahren. Die genauere Einsicht in die deutschen Bundes-Protocolle lehrt nun freilich, daß wohlthätige und bedeutsame Anträge weit

häufiger von den mittlern deutschen Regierungen ausgingen und daß leider sehr oft diese Anträge an dem Widerstande scheiterten, den Oesterreich oder Preußen ihnen entgegenstellten. Bei jener schroffen Anklage gegen die erstere Großmacht entsteht ganz natürlich die Frage, wie Preußen sich zu der freiern Entwickelung der Bundes-Institutionen gestellt hat. Wir widmen der Lösung dieser Frage einen besonderen Abschnitt.

Preußen.

Ueberblicken wir die Geschichte des deutschen Bundes seit seinem Bestehen, so tritt uns zunächst die eigenthümliche und keineswegs trostreiche Erscheinung entgegen, daß gerade diejenigen Elemente der Bundesacte, welche die Entwickelung eines engeren öffentlichen Lebens in Deutschland zum Zwecke hatten, entweder gar nicht oder nur mangelhaft und partiell berücksichtigt wurden. Wenn der Zweck des Bundes darin bestand, Deutschland als Großmacht in Europa geltend zu machen, das ehemalige deutsche Reich in einer der Neuzeit und deren Forderungen angemessenen Form wieder zur Erscheinung zu bringen, so mußte es die Aufgabe des deutschen Bundes sein, in den einzelnen Stämmen und Staaten der deutschen Nation das Gefühl der Zusammengehörigkeit zum Bewußtsein zu bringen, den praktisch-politischen Sinn des Volks, der in den Tagen der glorreichen Kämpfe gegen die französische Usurpation neu geweckt war, sorgsam zu pflegen und so eine Nation heranzubilden, welche, bei aller Manchfaltigkeit der einzelnen Stammes-Interessen, in sich selbst ein festgeschlossenes und in dem Bewußtsein

seiner geistigen und materiellen Macht achtunggebietendes Ganzes darstellte. Die Grundzüge und Elemente zu diesem Neubau deutscher Macht und Herrlichkeit waren, wie gesagt, vorhanden. Die Ausführung des Art. 13. verhieß politischen Takt und Verständniß der großen staatlichen Interessen, auf Grund des Art. 16 mußten confessionelle Zerwürfnisse und Anfeindungen schwinden, während die gleichmäßige Ordnung des Rechtsverfahrens, die Freizügigkeit und die Ebenbürdigkeit jedes Deutschen für den Civil- und Militärdienst in jedem deutschen Staate, dem er auch nicht durch die Rechte der Geburt angehörte, das Recht sich überall Grundbesitz zu erwerben, so wie die Freiheit der Presse, des Handels und Verkehrs von allen Hemmnissen im großen deutschen Vaterlande nach Art. 12, 18 und 19 einen wahrhaft deutschen Sinn zu schaffen versprachen.

Wir wollen nicht untersuchen, welche beklagenswerthe Umstände zusammenwirkten, um diese Elemente nicht zur gehofften Entwickelung gelangen zu lassen. Die Wahrheit ist, daß von Bundeswegen kaum der Versuch gemacht ward, auch nur einen dieser angeführten Artikel wirklich ins Leben einzuführen. Nur in Süddeutschland regte sich, von den Regierungen bereitwillig unterstützt, ein ernsteres politisches Leben. Landständische Vertretungen wurden eingerichtet, die Presse erhielt wenigstens theilweise eine freiere Bewegung und Bayern faßte sogar den Gedanken, eine größere Freiheit des Handels und des Verkehrs anzubahnen. Wenn diese Anfänge zur Erziehung des öffentlichen praktischen Geistes nicht die Früchte trugen, welche man von ihnen hoffen durfte, so lag der Grund eben in ihrer partiellen Gestaltung. Der Bund blieb dieser Gestaltung fremd,

trat ihr sogar hemmend entgegen, denn im Norden und Osten huldigte man anderen, absolutistischen Grundsätzen. Preußen war es namentlich, welches die Schranken des öffentlichen Lebens immer enger zog, jede freiere Richtung verfolgte und unerbittlich mit Jahre langer Kerkerhaft bestrafte — und zwar nicht, wenn man den Zeugnissen der damaligen Zeit trauen darf, auf Befehl Oesterreichs, sondern aus freiem Antriebe, weil seine Staatsmänner die Entwickelung eines geistigen Lebens mit Besorgniß betrachteten. Nur ein Verdienst erwarb sich Preußen um Deutschland: es nahm die Idee des süddeutschen Handelsvereins, der wegen seiner Beschränkung nicht lebensfähig werden konnte, auf und errichtete den Zollverein, der langsam anwachsend nach und nach einen großen Theil der deutschen Staaten umfaßte. Die Gründung dieses Vereins war ein großes, ein unleugbares Verdienst um die Hebung des deutschen Gemeinwesens; aber auch nur so lange, als durch die eigenthümliche Stellung Oesterreichs zu Deutschland die Vollendung des Zollvereins und seine Umwandlung in einen allgemeinen Zoll- und Handelsverein, dem ganz Deutschland von Bundeswegen angehören mußte, unmöglich gemacht worden war. Auf der andern Seite muß der Deutsche, der es wahrhaft gut mit seinem Vaterlande meint, in dem Zollverein wieder ein großes Unglück für Deutschland und Preußen erkennen, indem er die letztere Bundesregierung in eine für die gedeihliche Entwickelung der deutschen Zustände höchst verderbliche Bahn warf. Wir haben nämlich Grund zu der Annahme, daß die unerwartet günstige Fortbildung des Zollvereins in Preußen zuerst den Gedanken erweckte, durch allmähliche Lockerung des Bundesverbandes

und durch Errichtung von Einzelverträge sich eine exclusive Stellung in Deutschland zu erringen.

Die preußische Presse ist namentlich in der neuesten Zeit, wo der Gegensatz von Oesterreich und Preußen in eben dieser Presse so scharf hervorgehoben worden, eifrig bemüht gewesen, den Beweis zu führen, daß die preußische Regierung fortdauernd an dem inneren Ausbau der mangelhaften Bundesverfassung gearbeitet habe, aber endlich an dem steten und hartnäckigen Widerstande der einzelnen Bundesglieder in diesem Bemühen erlahmt sei. So weit wir diese Ausführungen von einer gedeihlichen preußischen Thätigkeit am Bunde kennen, müssen wir gestehen, daß sie wenig überzeugend wirken. Gehen wir Alles durch, was das an solchen publicistischen Erörterungen besonders fruchtbare vorige Jahr zu Tage gefördert hat, so beschränkt es sich doch nur auf die Veröffentlichung der Bundestags-Protocolle, sowie auf angebliche Schritte, welche Preußen in den Jahren 1846 und 1847 zur Reform der Bundesacte gethan haben soll. Zur Steuer der Wahrheit muß man aber zugleich beifügen, daß einestheils diese Bemühungen gleichzeitig auch von anderen Bundesstaaten ausgingen, anderntheils Preußen sehr bald in die Lage gerieth, die von ihm kaum angebahnten Verbesserungen wieder zurückzunehmen. Um so nachhaltigere Thätigkeit entwickelte dagegen der deutsche Großstaat, besonders nach 1848, in jener bereits oben bezeichneten Politik, durch besondere Verträge mit einzelnen deutschen Staaten einzelne Beschwerden des deutschen Volks zu heben. Verschiedene Seiten des Rechtslebens erhielten in dieser Weise eine allgemeinere Bedeutung, durch Militärconventionen sicherte sich Preußen einen nicht unbe-

deutenden Einfluß, und seit mehrere kleinere Staaten bei Besetzung der obersten Staatsämter preußische Beamte wählten, durfte auch in dieser Hinsicht der preußische Einfluß auf diese Staaten als im Wachsthum begriffen bezeichnet werden.

Es wäre thöricht, wenn wir über diese Erscheinung uns abfällig aussprechen wollten. Im Gegentheil erkennen wir hierin nur den Fortschritt einer geläuterten geistigen Macht, welche naturgemäß sich über die anderen deutschen Stämme ausbreitet, wenn wir auch keineswegs vergessen können, daß die eigenthümliche Haltung des Ministeriums Manteuffel-Westphalen keineswegs günstig auf die Entwickelung des öffentlichen Lebens in diesen, dem preußischen Einfluß geöffneten kleinern Staaten wirkte. Was wir bedauern, ist nur, daß Preußen diese Thätigkeit nicht allgemeiner machte, daß es nicht im Ganzen und Großen sich als der Schöpfer eines lebendigen deutschen Sinnes und Lebens hinstellte. In der Bundesacte lagen, wie wir oben nachgewiesen haben, alle Elemente dazu; es kam nur darauf an, sie zu entwickeln, sie schöpferisch zu gestalten. Vom Bunde aus ganz Deutschland zu regeneriren, den öffentlichen Geist in den verschiedenen geistigen und materiellen Beziehungen zu wecken und zu beleben: das wäre, unserer Ansicht nach, eine Preußens Großmachtstellung würdige Aufgabe gewesen. Es hat es nicht gewollt. Man wird uns vielleicht einwenden, daß es nicht gekonnt habe; und wirklich erinnern wir uns, ähnlichen Aussprüchen in der preußischen Presse begegnet zu sein. Man bedenkt nicht, wie nahe man damit der preußischen Regierung tritt, wie nachtheilig und herabwürdigend eine solche Vertheidigung wirken muß. Gerade der Umstand, daß es ihr gelang durch Ein-

zelverträge einzelne Staaten in ihre Bahn zu leiten, beweist hinreichend, wie nachhaltig und mächtig der preußische Einfluß war und wie wohlthätig für das Ganze er hätte wirken können, wenn die preußische Regierung den ernsten Willen dazu gehabt hätte. Aber Herr von Manteuffel, unter dessen Führung dieser steigende Einfluß des preußischen Geistes nach verschiedenen Richtungen geübt wurde, hat oft genug erklärt, daß er Alles für den Bund, nichts durch den Bund thun wolle. Dieser Grundsatz erklärt vollkommen die eigenthümliche Stellung Preußens im Bunde und zu Deutschland. Es betrachtete sich über den Bund und über die Bundesverfassung erhoben, es verschmähte die einflußreiche Stellung, die es darin haben konnte, es wollte, wenn auch nur geistig, erobern, nicht fruchtbringend schaffen.

Preußen mußte denn auch die Folgen tragen, die aus einem solchen Beginnen sich naturgemäß entwickelten. Der Particularismus, dem es ausschließend huldigte, von dem es eine bevorzugte Stellung in Deutschland erwartete, weckte bei seinen Bundesgenossen Mißtrauen und Argwohn. Jeder Vertrag, den es mit anderen Staaten abschloß, wurde so sehr verclausulirt und zur Erringung von Nebenvortheilen benutzt, daß das Ansehen, der Einfluß, den Preußen zu beanspruchen gewiß berechtigt war, immer verkürzt wurde. Zum Beweis dieser unbestreitbaren Thatsache brauchen wir nur auf die einzelnen Verträge zur Erweiterung des Zollvereins und auf die Stellung hinzuweisen, welche Preußen in diesem Vereine einnimmt. Otto Hübner charakterisirt in seinem „Jahrbuch für Volkswirthschaft und Statistik" den Zollverein in folgender Weise: „Es besteht eine Biergrenze; eine Wein-, Most- und Tabakgrenze, eine Brannt-

weingrenze; außerdem trennen sich die Zollvereinsstaaten durch Salz=, Karten=, Kalender=, Zeitungsstempel=, Münz= und Papiergeld=Grenzen, während selbst innerhalb der Staaten andere Grenzen bestehen, welche durch Gesetze und Verordnungen bestimmt, durch Steuerbeamte und Spione überwacht und controlirt sind, und deren Umgehung alljährlich über 200,000 Contraventions=Defraudations= und Ordnungsstrafen veranlassen. Das nennt man Zolleinheit und Verkehrsfreiheit!" Ueber die eigenthümliche Stellung, welche Preußen den übrigen Zollvereinsstaaten gegenüber einnimmt, können wir nur auf die Aeußerungen preußischer Zeitungen, namentlich der Nationalzeitung in Berlin, verweisen, denn wir müßten den Vorwurf besorgen, die Achtung gegen die preußische Regierung aus den Augen verlieren zu wollen, wollten wir sie in kurzen Worten charakterisiren. Anders würde gewiß Preußen in Deutschland dastehen, wenn es diese Angelegenheit zur Sache des deutschen Bundes gemacht hätte, wie es nach dem Wortlaute der Bundesacte hätte geschehen sollen.

Es hat eine solche Stellung nicht gewollt und nicht erstrebt, und wünscht und erstrebt eine solche noch jetzt nicht. Preußen will höher stehen, als es seiner Meinung nach als vorwaltende, schöpferische Macht des deutschen Bundes stehen würde; es will eine unabhängige europäische Macht sein und bedenkt nicht, daß es dadurch selbst auf eine feste Basis, die es besitzen könnte, verzichtet, und sich den Charakter eines noch im Werden begriffenen Staates beilegt. Wie nachtheilig ein solcher Charakter gerade einer Macht wie Preußen in seinen Verhältnissen zu Deutschland wie zum Auslande werden muß, sobald er erst anerkannt wird, liegt

auf der Hand. Es wird nirgends werkthätige Freunde, aber überall Feinde und Gegner finden, und ob ihm das Wohlwollen einer Partei im deutschen Volke, wie sie sich gegenwärtig aus einer Verbindung der Demokraten mit den sogenannten Gothaern herausgearbeitet hat, von großem Vortheil sein würde, dürfte mit Recht bezweifelt werden.

Seltsam ist aber die Erscheinung, bis zu welchem Grade der Verirrung das Festhalten einer völlig unpraktischen Idee gelangen kann. Preußische Blätter haben sich nicht gescheut, die Behauptung aufzustellen, daß Preußen dem Bundestagsverbande gar nicht mehr angehöre, daß es 1851 die neu in Kraft gesetzte Bundesverfassung nicht anerkannt habe und also auch gar keine Verbindlichkeit gegen dieselbe zu erfüllen gehalten sei. Das Thörichte dieser Behauptung ist leicht nachzuweisen. Gehen wir die preußischen diplomatischen Aktenstücke seit dem Jahre 1848 durch, so finden wir im Gegentheil, daß die preußische Regierung nie aufgehört hat, den Bundestag als normgebende Behörde anzuerkennen. So schließt Preußen den Waffenstillstand zu Malmö am 2. September 1848, der den ersten Feldzug Schleswig-Holsteins mit Dänemark endigte, im Namen des deutschen Bundes ab; dasselbe geschah mit dem zweiten Waffenstillstande im Jahre 1849, wie mit dem Frieden von Berlin am 2. Juli 1850, der Holstein unwiderbringlich in die Hände Dänemarks lieferte. In allen diesen drei Dokumenten trat Preußen ausdrücklich als Vertreter des deutschen Bundes auf. Das Fortbestehen des deutschen Bundes wurde in den Abänderungen der Berliner Unionsacte vom 28. Mai 1849 wiederholt ausgesprochen, und in einem Circularschreiben vom 27. März 1851 for-

derte Preußen die mit ihm durch die Unionsacte verbundenen deutschen Staaten auf, Gesandte nach Frankfurt zu schicken zur schließlichen Constituirung des alten Bundestags. Aus diesem allen geht doch wohl unzweifelhaft hervor, daß Preußen mit alleiniger Ausnahme des kurzen Zeitraums vom Mai bis October 1849, nie an der Gültigkeit des Bundestags gezweifelt, sein rechtliches Bestehen in öffentlichen Urkunden nie angefochten habe.

Seit jener Zeit hat es die Bundesverfassung vielfach zu umgehen und zu entkräften gesucht und namentlich seit dem vorigen Jahre durch seine Presse, wie durch seine Haltung in der Bundesversammlung Alles aufgeboten, um sich den Beschlüssen des Bundes zu entziehen. Der Zwist wegen der Majoritätsbeschlüsse, wegen der Rastatter Besatzungs-Verhältnisse, wegen des hannoverschen Antrags zur Aufstellung eines Observationscorps am Rhein ist ein trauriger Beweis von der falschen Auffassung, die man in Preußen der Bundesverfassung hat zu Theil werden lassen. Jeder Unparteiische, welcher diese Fragen in ruhige Erwägung zieht, muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß dieses Gebahren Preußens ihm selbst weit mehr als den Bundesregierungen zum Vorwurf gereicht. Bei allen Vereinigungen kommt es auf den Geist an, mit dem man sich seiner Verpflichtungen erledigt. Die Berechtigungen, welche den Pflichten gegenüber stehen, halten meist gleichen Schritt mit dem Eifer, mit dem man sich den letzteren unterzieht. Hätte Preußen stets das Seine gethan, um den deutschen Bund zu einer Wahrheit werden zu lassen, so würde ihm auch das Vertrauen seiner Bundesgenossen bereitwillig entgegengekommen sein. Den Bund zu umgehen, um sich Verdienste

um Deutschlands geistige und materielle Interessen zu erwerben, konnte nur dazu führen, diesen Verdiensten die Spitze abzubrechen und mit ihnen auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Oesterreich.

Eine ganz eigenthümliche, aber tief beklagenswerthe Stellung zu Deutschland nimmt gegenwärtig Oesterreich ein. Den Ursprung derselben kann man deutlich nachweisen; er datirt genau aus der Zeit, wo Preußen begann, eine Sonderstellung in Deutschland anzustreben. Es ist gewissermaßen ein Vermächtniß des Jahres 1848, wo alle Bande des staatlichen Vereines gelockert und in Frage gestellt waren und Oesterreich, wie Preußen und die übrigen Staaten des deutschen Bundes, eine schwere Zeit innerer Zerrüttung und Parteispaltung zu überwinden hatten. Es hat diese Prüfungszeit mit männlichem Muthe bestanden und ist aus dem Kampfe, den Ungarn und die italienischen Provinzen gegen den bisherigen Staatsorganismus begannen, siegreich hervorgegangen; seine Staatsmänner haben die Lehren der Vergangenheit benutzt und ihren Warnungen gemäß ein theilweise neues Staatsgebäude aufgeführt, wie ja in ganz Deutschland dasselbe geschah, ja man kann nicht einmal nachweisen, daß man in Oesterreich, wie z. B. in Preußen und anderwärts, auf halbem Wege stehen geblieben ist oder gar Rückschritte gemacht hat. Demungeachtet hat es Oesterreich bis auf den heutigen Tag nicht gelingen wollen, mit seinen manchfachen und bedeutungsvollen Reformen, die es in seiner inneren Verwaltung durchgeführt

hat, den Beifall in Deutschland wie in anderen Ländern des weiteren Auslandes zu erringen, den es doch wohl von einer unbefangenen Beurtheilung erwarten durfte.

Gehen wir näher auf die manchfachen Anklagen gegen die österreichische Regierung ein, so lassen sich dieselben auf drei Hauptpunkte zurückführen: der Absolutismus, die Zerrüttung der Finanzen und das Concordat.

Was die absolutistische Richtung der Regierung betrifft, so zerfällt sie meist in zwei Unterabtheilungen, als deren erste die vorwiegend bureaukratische Tendenz, die zweite die Centralisation bezeichnet wird. Man zürnt mit der österreichischen Regierung, daß sie die Verfassung vom 4. März 1849, wie sie der Reichstag von Kremsier feststellte, später wieder außer Kraft setzte, mit dem Versprechen, zu geeigneter Zeit der Volksvertretung wieder ihren gebührenden Antheil an den Berathungen über die höchsten Staatsinteressen einzuräumen. Es ist dies bis jetzt nicht geschehen, ja mehr noch, der größere Theil der Verwaltungsmaßregeln besteht aus provisorischen Verordnungen, die noch immer einer definitiven Bestimmung entgegensehen.

Wir leugnen keineswegs, daß diese Beschwerden, die selbst von loyaler Seite wiederholt ausgesprochen worden sind, eine sehr ernste Bedeutung haben und in dem Munde deutscher Politiker, die darauf die Unfähigkeit Oesterreichs begründen, für Deutschland ferner eine einflußreiche Macht zu sein, ein herrliches Mittel sind, die von ihnen gepflegte Abneigung gegen den Kaiserstaat mehr und mehr zu nähren. Aber jede Sache hat zwei Seiten und dem unbefangenen Beobachter kann es nicht verborgen bleiben, daß der Schwerpunkt der Frage, welche Stellung Oesterreich zu und in

Deutschland einnehmen kann und soll, weniger von seiner inneren Gestaltung, die es den Bedürfnissen seiner manchfachen Glieder gemäß bilden muß, als vielmehr von dem Geiste abhängt, der den Entwicklungsgang seines Staatskörpers kennzeichnet. Nur zu oft ist in der neueren wie vergangenen Zeit die Verfassung eines Landes die Maske gewesen, hinter der sich Willkür und Tyrannei verbargen. Auch Frankreich hat eine Verfassung, d. h. eine legislative Kammer, einen Senat und einen Staatsrath, welche für das Wohl des Ganzen sorgen sollen. Aber ist je nach der Genehmigung der legislativen Kammer bei wichtigen Staats- und Verwaltungsgesetzen gefragt worden? Sie muß schon zufrieden sein, wenn ihr die einzelnen Gesetze zur Kenntnißnahme mitgetheilt werden und noch immer hat der Präsident jede fruchtbringende Discussion durch die Erinnerung an den kaiserlichen Willen niedergeschlagen, oder wo dies nicht möglich war, die schönsten Reden einzelner Deputirten ungehört von dem größeren Publikum verhallen lassen. Ja wir brauchen nicht einmal in's Ausland zu gehen, um den geringen Werth einer Verfassung an sich nachzuweisen. Es ist noch gar nicht so lange her, daß in Preußen ein Minister die Kühnheit hatte zu sagen, die Kammer möge sprechen und abstimmen, er, der Minister werde aber handeln, wie er es für gut finde. Die Verfassung allein garantirt das wahre Wohl des Staats gewiß nicht, denn es lassen sich für den Staatsmann, dessen Macht durch sie beschränkt werden soll, tausend Mittel und Wege finden, ihre klarsten Bestimmungen zu umgehen und sie in der That nur zu einem werthlosen Stück Papier zu machen. Wenn daher in der jüngsten Zeit ein für die Verfassung

vom 4. März 1849 schwärmender Oesterreicher die Beseitigung dieser Verfassung deshalb schmerzlich bedauert, weil die Gesammtnation Oesterreichs die Gelegenheit verloren habe, sich in das verfassungsmäßige Leben einzugewöhnen, die Regierung werde ja immer Mittel gehabt haben, jede Ausschreitung zu verhindern und durch zweckmäßige Beeinflussung der Wahlen eine gefügige Volksvertretung zu gewinnen, so können wir nur die Regierung loben, daß sie dieses Mittel nicht gebraucht hat, denn Mißbrauch der Verfassung muß das Volk und die Regierung weit mehr demoralisiren als eine unbeschränkte Regierung, wenn der letzteren nur der aufrichtige, energische Wille beiwohnt, das wahre Wohl des Landes nach besten Kräften zu befördern.

Prüft man aber die Thätigkeit der kaiserlichen Regierung während der letzten zehn Jahre mit unbefangenem Sinne, so wird man schwerlich umhin können, ihr große Anerkennung zu zollen. Vieles und Großes ist in dieser Zeit geschehen, und wenn noch Vieles zu thun übrig blieb, wenn manche Erwartungen noch nicht erfüllt wurden, so sollte man doch vor Allem untersuchen, ob diese Zögerung nicht wohlbegründete Berechtigung hatte. Es ist hier weder der Ort, noch fühlen wir uns berufen, die Rechtfertigung der österreichischen Regierung für das, was sie gethan, wie für das, was sie unterlassen hat, zu übernehmen. Nur soviel glauben wir behaupten zu können, daß in den durchgreifenden Verbesserungen, welche das Rechtsleben, das Unterrichtswesen, namentlich der Volksunterricht, Industrie und Verkehr, wie der Landmann durch Befreiung von drückenden Fesseln erfahren haben, ein Wohlwollen und eine Energie der Regierung sich offenbart hat, wie sie nicht leicht ander-

wärts gefunden werden dürfte. Es mußte aber um so mehr ein bedächtiges Vorschreiten auf dieser Bahn der Reformen geboten erscheinen, da mit ihnen zugleich eine Centralisation der Interessen angebahnt wurde, welche zu ihrer inneren Befestigung noch des dauernden Kittes der Zeit bedurfte.

Gerade diese Centralisation des Staats hat besonders in Deutschland die schärfste und feindlichste Kritik hervorgerufen. Um die letztere zu begreifen, muß man sich erinnern, daß das Centralisationssystem der Regierung anscheinend Ungarn am härtesten traf, und daß die eigenthümlich kosmopolitische Richtung des deutschen Charakters es mit sich bringt, eben das im Auslande hoch zu schätzen, was der Deutsche in seiner Heimath fast übersieht, wenn auch nicht geradezu geringschätzt. Vielleicht trug auch die Vorliebe für das Alterthum in jeder Beziehung nicht wenig dazu bei, daß manche deutsche Politiker die Vernichtung der durch das Herkommen geheiligten Vorrechte des magyarischen Stammes zu bedauern sich bewogen fanden. Sie bedenken aber nicht, daß die Magyaren selbst seit den Zeiten Kaiser Joseph's II. dem Centralisationssysteme eifrig in die Hände arbeiteten.

Als Joseph II. seine bekannten Verordnungen erließ, welche die Vorrechte des Adels beschränkten oder vernichteten, den vorherrschenden Gebrauch der deutschen Sprache einführten u. s. w., geschah es, um Ungarn eine geeignetere Stellung zum Ganzen der österreichischen Monarchie einzuräumen, den Bauernstand von den erdrückenden Fesseln der Leibeigenschaft zu befreien und dadurch dem Lande deutsche Gesittung, deutsche Bildung zu geben, die reichen Hülfsmittel des Bodens fruchtbringend zu machen. Die Ma-

gyaren, der ungarische Reichstag war es, welcher sich diesen wohlthätigen Absichten des Herrschers widersetzte und in einer Reihe von Gesetzen jedes Heraustreten Ungarns aus seiner abgeschlossenen Stellung zu den anderen Provinzen des weiten Reichs zu verhindern suchte. Seit dieser Zeit, seit 1790, entspann sich der hartnäckige Streit der sogenannten ungarischen Nationalität gegen die Bestrebungen der kaiserlichen Regierung, welcher schließlich mit der Insurrection von 1848 endigte. Die Magyaren glaubten ihre Macht zu stärken, wenn sie die bisher mit Ungarn verbundenen slavischen Nationalitäten magyarisirten, und eine Reihe von Reichstagsbeschlüssen gingen vorzugsweise dahin, die slavischen Sprachidiome, welche neben dem Magyarischen seit Jahrhunderten bestanden, zu unterdrücken. Jeder Druck erzeugt Gegendruck und so sehen wir, wie seit 1826 unter den Slaven, den Illyriern, Dalmatinern, Kroaten und Slavoniern ein lebhaftes Ringen entsteht, ihren Sprachen diejenige Ausbildung zu geben, die ihnen fehlte, um sich neben der magyarischen Geltung zu verschaffen. Erst spät sah ein Theil der magyarischen Agitatoren ein, daß, um Ungarn die ersehnte Bedeutung zu geben, noch andere Bestrebungen nöthig seien.

Der Landbau ward nur kümmerlich gefristet, denn der Bauer war nur der Nutznießer des Landes, das er bebaute, er war robot- und abgabenpflichtig, mit seiner Person und seinem ganzen Mobiliarbesitz der Jurisdiction des Edelmannes unterworfen. Er allein trug $^{11}/_{12}$ aller directen Steuern, 52 Tage that er alljährlich Spanndienste, 104 Tage Handdienste; den neunten Theil aller Producte bis auf das neunte Schaf und den neunten Bienenstock mußte

er seinem Grundherrn abliefern und obendrein der Geistlichkeit außer den Stolgebühren auch noch den Zehnten von seinen Producten geben. Das Aviticitätsrecht hinderte jeden Aufschwung der Industrie, denn kraft dieses Rechts konnte kein Bürger Grundeigenthum erwerben, da dem Adel allein Eigenthum an Grund und Boden zustand und er das Recht hatte, selbst nach hundert Jahren noch gegen eine billige gesetzlich normirte Einlösungssumme solche Güter zurückfordern zu können. Erst seit 1840 begannen freigesinnte Männer gegen diese alle Thätigkeit der Nichtadeligen lähmenden Gesetze und Berechtigungen Opposition zu machen, aber der Sprachenstreit und die Feindseligkeiten gegen die ungarischen Nebenländer, die mit Gewalt in die ungarische Oberhoheit hereingezogen werden sollten, hinderten die Wirksamkeit dieser Bestrebungen.

Als nun die kaiserliche Regierung wieder in den Vollbesitz ihrer Gewalt gekommen war, mußte sie von selbst auf den Gedanken kommen, den Keim dieser innern Befehdungen womöglich für immer zu vernichten. Die vergangene Jahre hatten sie gelehrt, daß die ungarische Verfassung, wie sie seit Jahrhunderten bestanden, für die Bedürfnisse der Neuzeit nicht mehr ausreiche, der hartnäckige Widerstand der den Magyaren annectirten Königreiche wie der in Ungarn selbst ansässigen slavischen Bevölkerungen hatte bewiesen, daß sie ein Recht hatten, dieselben Ansprüche an Selbständigkeit innerhalb der von der Centralgewalt gezogenen Schranken zu machen, wie die Magyaren. So entstand die Idee des Einheitsstaats und die Art und Weise, wie sie ausgeführt wurde, die Berücksichtigung, welche jede Nationalität nach ihrer bereits erlangten Befähigung sich gel-

tend zu machen fand, beweist am deutlichsten, daß die kaiserliche Regierung jeden unnöthigen Zwang verschmähte und, von der Zweckmäßigkeit ihres Verfahrens überzeugt, es ruhig der Zeit überließ, etwaige Mißstände auszugleichen, wozu sie selbst stets gern die Hand bot. Während dieser Zeit der Prüfung und Selbsterkenntniß war sie aber auch bemüht, alle Hemmungen des freien geistigen wie materiellen Verkehrs möglichst hinwegzuräumen. Straßen und Eisenbahnen wurden gebaut, Telegraphenlinien gezogen, die Grenzen geöffnet, der Verkehr mit dem Auslande erleichtert, der Industrie neue Wege gebahnt.

Daß Viele mit diesen neuen Erscheinungen nicht zufrieden waren, ein Theil die alten gewohnten Zustände zurückwünschte, während ein anderer die Verbesserungen nicht schnell und vollzählig genug herankommen sah — wer sollte das nicht natürlich finden. Daß nicht alle Maßnahmen der Regierung mit lautem Beifall aufgenommen wurden, daß viele derselben hinter den gehegten Erwartungen zurückblieben, wird auch Niemanden wundern, der mit der menschlichen Natur bekannt ist. Auch die Regierung ist mit den von ihr erreichten Erfolgen nicht ganz zufrieden, auch sie erkennt, daß die bessernde Hand von ihren Institutionen und Reformen noch nicht zurückgezogen werden dürfe. Aber ein tüchtiger Grund ist gelegt und wenn dem Einfluß der Eingewöhnung in die neuen Formen eine größere Zeit gegönnt wurde, als es Manchem räthlich geschienen haben mag, so sollte man wenigstens nicht an dem ernsten Willen der Regierung zweifeln, ihrer großartigen, in ihren Folgen so gewichtigen Aufgabe vollkommen zu genügen.

Gehen wir auf die Beurtheilungen zurück, welche die

österreichische Regierung für ihr Streben in Deutschland gefunden hat, so müssen wir offen gestehen, daß wir vergeblich versucht haben, sie zu begreifen. Gerade in Deutschland, hätte man denken sollen, mußte die Aufgabe, welche die österreichische Regierung zu lösen übernommen, eine gerechte Würdigung erfahren, denn sie erstrebte ein Ziel, dessen Vernachlässigung man den Staatsmännern Oesterreichs vor 1848 stets zum Vorwurf gemacht hatte. Indem deutsche Gesittung, deutsches Leben, deutsche Kunst und Wissenschaft auf das Banner der Einheitsidee des österreichischen Reichs geschrieben wurde, verwirklichte Oesterreich nur die Wünsche und Hoffnungen, welche ganz Deutschland von seiner culturhistorischen Mission hegte, gab es nur den Forderungen neuen, vollständigen Nachdruck, die man seit der Gründung der östlichen Mark an sie gestellt hatte. War den österreichischen Staatsmännern früher der nicht unverdiente Vorwurf gemacht worden, daß sie das slavische Element vorzugsweise begünstigten und dadurch früher oder später Rußland anheimfallen würden, wie sie dessen Politik schon jetzt sichtbar begünstigten und ihr in die Hände arbeiteten: so war mit dieser neuen Gestaltung des Kaiserreichs der Bruch mit der Vergangenheit vollständig ausgesprochen und eine Grundlage gewonnen, von der aus nicht für Oesterreich allein, sondern für ganz Deutschland eine glänzende Zukunft heraufblühen mußte. Die Zeit ängstlicher Absperrung war vorüber. Oesterreich fühlte sich erstarkt genug, mit der übrigen Welt in freie Concurrenz zu treten. Gestützt auf seine reichen innern Hülfsmittel, auf eine rasch und mächtig aufblühende Industrie, bot es den übrigen deutschen Staaten die Bruderhand, um mit ihnen gemeinsam dem

deutschen Geiste eine Wirksamkeit zu eröffnen, wie man sie immer ersehnt, wie sie aber bisher noch nicht realisirt worden war.

Das sind nicht blos Ansichten eines Einzelnen, der die eigenthümliche Marotte hat, Oesterreichs Wirken und Leben in ein unverdientes glänzendes Licht zu setzen. Schon vor Jahren wurden dieselben Ansichten in einer Zeitung ausgesprochen, die sich gerade nicht als eine Freundin österreichischen Wesens gezeigt hat. Schon im Jahre 1853 pries die Weserzeitung in zwei umfangreichen Artikeln vom 29. und 30. December die segensreiche Wirkung der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuchs Oesterreichs und der Aufhebung des Aviticitätsrechs in Ungarn und dessen Nebenländern und schloß den ersten Artikel mit den Worten: „Wir begreifen es, wenn ein Theil der Bevölkerung Ungarns in der Beseitigung des Corpus juris Hungarici und der Reichstagsbeschlüsse aus der Zeit Stephans des Heiligen bis 1812 ein Unglück und eine neue Demüthigung erblickt, obgleich das allgemeine österreichische Gesetzbuch, das seit 1812 in den deutschen Staaten Oesterreichs, in den Jahren 1815 bis 1817 auch in Galizien, Illyrien, der Lombardei und Tirol eingeführt, einen so bewährten Ruf hat. Aber wie man hierüber auch urtheilen mag, die große und segensreiche Bedeutung der Aufhebung des Aviticitätsrechts für Ungarn und ganz Deutschland ist so einleuchtend, daß selbst Oesterreichs Feinde ihm für diese Maßregel Dank wissen müssen."

Was damals im tiefen Gefühl des Rechts und der Billigkeit für wahr erkannt wurde, soll jetzt nicht mehr wahr sein, blos weil eine Parteiansicht inzwischen schärfer

hervorgetreten ist? Seit jener Zeit haben sich Gegensätze der alten und neuen Zeit mehr ausgeglichen; Ungarns Wohlstand hat sich sichtbar gehoben und selbst englische Berichterstatter versicherten während des jetzt beendigten italienischen Kriegs, daß die öffentliche Stimmung in Ungarn wesentlich günstig für das Haus Habsburg sei, was auch genügend aus der freudigen Theilnahme an dem Kriege, aus den freiwilligen Spenden, aus den zahlreichen Reihen Freiwilliger hervorging, die sich als Streiter für Oesterreichs gekränktes Recht darboten. Demungeachtet hat eine gewisse Partei in der deutschen Presse nicht aufgehört, einen offenen und heimlichen Krieg gegen die österreichische Regierung mit einer Erbitterung und Nachhaltigkeit zu führen, welche eines besseren Zieles würdig gewesen wäre. Jeder Unzufriedene aus dem weiten österreichischen Reiche fand Gehör in den deutschen Zeitungen, jede Maßregel der Regierung wurde bitter kritisirt, jede Nachricht, mochte sie auch den Stempel der Fälschung, der Erdichtung oder der Uebertreibung offen an der Stirn tragen, ward eifrig registrirt. Es war, als erkenne Deutschland die Aufgabe für sich an, Oesterreich zu einem Musterstaat von ganz Europa, der ganzen Welt zu machen, so sorgsam überwachte man jede Bewegung in dem Nachbarlande, — um Gift aus ihr zu saugen. Gerade der Punkt, dessen Vernachlässigung den österreichischen Staatsmännern zum größten Vorwurf gemacht wurde: der engere Anschluß an Deutschland und die Erhebung des deutschen Elements zum Angelpunkt der österreichischen Politik, findet jetzt die erbittertsten Widersacher. Seltsamerweise sieht man heutzutage gerade hierin eine Schwächung des deutschen Lebens, ein Hemmniß der deutschen Entwickelung. Während

noch vor zwanzig und zehn Jahren die preußischen Staatsmänner eifrig bemüht waren, Oesterreichs Beitritt zum deutschen Zollverein zu ermöglichen, verwirft man jetzt schroff jede Annäherung desselben Oesterreichs für denselben Zweck.

Man schützt freilich den Stand der österreichischen Finanzen, die gefährliche Wirksamkeit des Concordats vor, um diesen Widerstand gegen Oesterreichs innigeren Anschluß an Deutschland zu erklären. Aber eine flüchtige Erwägung schon muß die Unhaltbarkeit dieser vorgeblichen Gründe darthun. Die Finanzen waren bereits in erfreulicher Weise geordnet, als der eben beendete Krieg sie wieder in starke Mitleidenschaft zog; und dennoch darf man von dem bewährten Talent des Staatsmannes, der an der Spitze des Finanzdepartements steht, wie von der Einsicht der übrigen Minister erwarten, daß eine dauernde Ordnung bald in diesem Zweige der öffentlichen Verwaltung zurückkehren werde. Was aber die Besorgniß gegen das Concordat betrifft, so sind sie für Deutschland geradezu lächerlich. Wie bedenklich die Folgen für Oesterreich selbst sein mögen, ist hier nicht der Ort zu untersuchen — es finden sich übrigens viele Stimmen innerhalb des Kaiserstaates, welche diese bedenklichen Folgen nicht anerkennen wollen und das Bestreben der Regierung nachweisen, der Wirksamkeit des Concordats nach extremen Richtungen kräftig entgegen zu treten —; für Deutschland kann es diese Wirkung nicht haben, sobald wir unserer Ueberzeugung aufrichtig treu bleiben wollen. In uns selbst, in dem Bewußtsein und dem Vertrauen zu unserer gewonnenen geistigen Bildung werden wir den mächtigsten Schutz gegen jedes Rückwärtsschreiten auf der Bahn finden, die wir bereits durchmessen haben.

Andererseits ist es mit einem blos abweisenden Verhalten gegen Oesterreichs absolutistische Richtung nicht gethan Damit wird nie etwas Gutes geschaffen. Wenn das Mitgefühl mit dem deutschen Theil Oesterreichs, mit den Protestanten aufrichtig in den strengen Kritikern Oesterreichs wäre, wie sie es so häufig vorgeben, dann würden sie eher in einem stärkeren Hereinziehen des Kaiserreichs in den Kreis des echt deutschen Geisteslebens ein Mittel suchen, so manche Schwächen der inneren Verwaltung zu verbessern. Die wenigen Jahre, in denen der Zoll- und Handelsvertrag Oesterreich mit dem Zollverein verbunden, hat den redendsten Beweis geliefert, was Oesterreich befähigt und gewillt ist zu thun, wenn ihm die erste und wirksamste Bedingung seiner Umbildung offen und ohne Rückhalt gewährt wird. Der Post- und Telegraphen-Verein, die Münz-Convention, die Erleichterung der Paßstrenge, das neue Handelsrecht, wozu es bereitwillig die Hand geboten hat, die Abänderung und Verbesserung seines Tarifs sprechen laut für die Wahrheit unserer Behauptuug, daß Oesterreichs exceptionelle Stellung sofort aufhören würde, sobald Deutschland ihm hülfreich dabei entgegenkommen würde. Ja, man darf sogar behaupten, daß eine freundlichere Stellung Deutschlands zu Oesterreich wesentlich dazu beitragen würde, das sichtbare Bestreben der Regierung zu wohlthätigen Reformen, zum Ausbau des lange angestrebten Verfassungswesens zu zeitigen und zu kräftigen.

Es ist das nur die ganz natürliche Folge der Wechselbeziehungen, welche sich zwischen Staaten und Völkern ebenso geltend machen, wie zwischen einzelnen Personen und Corporationen. Der engere, ungestörte Verkehr schleift

unwillkürlich die schroffen, feindlichen Kanten ab, die oft im Leben mehr verletzen als grobe Fehler, und gleicht unter Staaten und Völkern leicht Vorurtheile und einseitige Ideen aus, deren Beseitigung die strenge Abgeschlossenheit, die feindliche Entfremdung nie zu erreichen im Stande wäre. Hier wäre ein Feld moralischer Eroberungen, auf welchen Preußens, ja ganz Deutschlands Thätigkeit sich hohe, unsterbliche Verdienste erwerben könnte.

Die jüngsten Erklärungen des neugeordneten Ministeriums zeigen deutlich, wie Ernst es den österreichischen Staatsmännern ist, den Forderungen der Zeit und den Bedürfnissen des Landes Genüge zu leisten. Man erschwere ihnen ihr ohnedies schwieriges Werk nicht; man erinnere sich, namentlich in Preußen, daß die Zeit noch gar nicht so lange vergangen, wo Willkür der Beamten, Unduldsamkeit der herrschenden kirchlichen Partei und eine trotz der Verfassung gefesselte Presse zu den stehenden Beschwerden der Freunde des Vaterlandes gehörten, daß diese Uebelstände trotz der Willfährigkeit der Minister noch jetzt zuweilen in einem Maße wiederkehren, wie man es in einem Lande, wie Preußen es ist und sein will, nicht für möglich halten sollte. Wenn aber im eignen Hause noch so viel zu thun ist, um es zu säubern von den Schlacken der menschlichen Natur, so dürfte Milde der Beurtheilung von des Nachbars Thun eine ganz billige Forderung sein.

Doch man würde sich in der preußischen und sogenannten Gothaischen Presse viel weniger um Oesterreich und seine inneren Zustände bekümmern, wenn dieses den von uns oben getadelten Ausdruck zur Wahrheit machen und als ein von Deutschland getrennter Staat sich hinstellen wollte,

der zwar sofort bereit sein müßte, dem preußischen Deutschland mit seiner Macht zur Seite zu stehen und jede andere Bequemlichkeit freundnachbarlich zu gewähren, aber sonst sich ruhig und theilnahmlos verhielte. Die Stellung, welche Oesterreich im deutschen Bunde einnimmt, ist der immer stachelnde Dorn der jene Partei zu stets neuen Feindseligkeiten, zu einer Eifersucht gegen Oesterreich anreizt, die durch nichts besänftigt oder gemildert wird.

„Neben Oesterreich kann Preußen im deutschen Bunde nicht bestehen," das ist der ewige Refrain jeder Discussion über deutsche oder Bundesangelegenheiten. „Oesterreich drückt Preußen in die erniedrigende Stellung herab, die es den übrigen kleinern Königreichen gleichstellt," so lautet ein anderer von der bezeichneten Fraction der deutschen Presse als Glaubensartikel angenommener Ausspruch. „Oesterreich vertritt kein wahres deutsches Interesse und muß durch seine exceptionellen Zustände im Innern lähmend auf die Entwickelung des deutschen Geistes einwirken," sagen die Erklärungen aus Eisenach und Hannover.

Wir bedürfen zur gründlichen Widerlegung dieser Worte, welche der politischen Weisheit ihrer Urheber kein besonders glänzendes Zeugniß ausstellen, nichts weiter als einen Hinweis auf die Ansichten eines Mannes, der in den Reihen der sogenannten nationalen Partei Preußens gewiß eine anerkannte Stellung einnimmt. Der Verfasser der „Politik der Zukunft vom preußischen Standpunkte" läßt sich S. 36 über das Verhältniß Preußens zu Oesterreich also vernehmen: „Wir wollen hier nicht mit einem der Glaubenssätze unseres politischen Bekenntnisses zurückhalten, daß, ebenso wenig wie Preußen ohne Oesterreich

existiren könnte, umgekehrt die Existenz des letztern ohne unsern Staat denkbar wäre. Bei der Stellung Preußens zu Oesterreich handelt es sich nicht allein um die Berechnung der Vortheile, die aus der Verbindung mit ihm erwachsen können, sondern auch um die Vermeidung der Gefahren, mit denen uns eine Entzweiung mit ihm bedroht —. Und S. 38 sagt derselbe Verfasser: „Wir können es hier dreist behaupten, Oesterreich und Preußen sind Mächte ein und desselben Ranges, wenn auch in vieler Hinsicht der erstern der Vortritt bei dem Vergleich zukommt, und wenn auch zugestanden werden muß, daß sie als europäische Großmacht ausgewachsen ist, während Preußen dies noch nicht von sich sagen kann."

Hier wird also von einem Manne, dessen Autorität von der Gothaischen Partei nicht angefochten werden kann, denn er hat ihren Wünschen zuerst eine greifbare Gestalt gegeben, selbst eingestanden, daß Preußen ohne Oesterreich nicht existiren kann. Sollte man daraus nicht nothwendig den Schluß ziehen, daß man jede Gelegenheit vermeiden müsse, um zwei Staaten feindselig zu trennen, die von der Natur ihrer Verhältnisse auf einander angewiesen sind, sowie daß man eifrig nach der Formel suchen müsse, um den Verein beider Staaten zu einem fruchtbringenden zu machen?

Die Politik Oesterreichs am Bunde ist nie darauf ausgegangen, Preußen als deutsche Bundesmacht von seiner Stellung herabzudrücken, im Gegentheil ist es, namentlich in den letzten zehn Jahren, immer bemüht gewesen, bei

allen wichtigen Fragen mit Preußen eine gemeinsame Haltung einzunehmen. Es würde zu weit führen, uns hier auf specielle Beweise einzulassen. Nur um das Verhältniß beider Großstaaten zu einander beispielsweise zu erläutern, erlauben wir uns hier einige Fälle anzuführen.

Man hat den Tag von Olmütz als eine Demüthigung Preußens durch Oesterreich dargestellt. Man sollte aber doch nicht dabei vergessen, daß Rußlands Kaiser schon bei den ersten Vorbereitungen zur Union diese Angelegenheit mit mißgünstigen Augen ansah, daß Nicolaus darin eine Fortdauer der revolutionären Idee erblickte und sein Gesandter, wie die Gesandten Englands und Frankreichs in der dringendsten Weise dem König ein Fallenlassen der ganzen Sache anriethen. Oesterreich konnte übrigens um so mehr in dem gleichen Sinne wirken, als Preußen bereits am 30. September 1849 den Fortbestand des Bundestags anerkannt hatte. Selbst eine wichtige Partei in Preußen unterstützte diese Bemühungen, da sie der Union von Anfang an abhold war. Preußen wich also in Olmütz weniger Oesterreich als dem für Preußen seit langen Jahren maßgebenden Willen Rußlands.

Im vergangenen Jahre entstand über die Besatzungsfrage der Bundesfestung Rastatt eine sehr lebhafte Debatte. Man schrie in der Presse über unerträgliche Vergewaltigung Preußens durch Oesterreich. Das wahre Verhältniß lag ganz anders. Preußen hatte das Jahr vorher mit der niederländischen Regierung wegen der künftigen Besatzungsverhältnisse Luxemburgs einen Vertrag abgeschlossen, in Folge dessen es allein die Besatzung der Bundesfestung übernahm. Dieser Vertrag ward erst nach geschehenem Abschluß der

Bundesversammlung wie Oesterreich zur Kenntnißnahme und Ratification mitgetheilt. Was in diesem Falle Preußen als sein Recht ansah, verweigerte es Oesterreich und Baden, welche nicht einmal so willkürlich gehandelt hatten. Baden fand nämlich die ihm zustehende alleinige Besetzung Rastatts zu beschwerlich und hatte bei der österreichischen Regierung angefragt, ob sie ihm diese Last erleichtern wolle. Oesterreich hatte vorläufig eingewilligt, legte aber die ganze Sache sofort der Bundesversammlung zur Entscheidung vor. Preußen beklagte sich bitter, daß Oesterreich es nicht vorher über die Angelegenheit befragt habe. Wir überlassen es unsern Lesern zu entscheiden, auf welcher Seite Recht oder Unrecht war.

Oesterreich hat seit seiner Wiedererstarkung sich manchfache Verdienste um den Bund erworben; es hat aber nie Verträge mit einzelnen Staaten abgeschlossen, um die Entwickelung im Einzelnen zum Nachtheil des Ganzen zu erleichtern. Und wenn es in besondern Fällen Circularschreiben an die einzelnen deutschen Staaten erließ, um sie mit seiner Ansicht über die Lage bekannt zu machen, war ihm Preußen meistentheils schon damit zuvorgekommen.

Ebenso können wir Oesterreichs Politik in weit höherem Maße eine deutsche nennen, als die preußische, deren Hinneigung zu Frankreich und Rußland so oft schon den scharfen Tadel ihrer eignen Presse erfahren mußte. Und bei dem Allen soll Oesterreich keine deutsche Großmacht sein, nicht die deutschen Interessen vertreten, nicht für Deutschland, Preußen mit eingeschlossen, durchaus nothwendig sein? Man widerspricht sich selbst, wenn man solche Phrasen in die Welt wirft.

Die Reform des Bundes.

Diese Betrachtungen führen uns wieder zu dem Ausgangspunkte unserer Schrift zurück. Die Reformen des deutschen Bundes werden in einer Anzahl von deutschen Städten von Männern dringend verlangt, die wenn ihre Zahl auch nicht bedeutend genannt werden kann im Vergleich zu der Volkszahl im Allgemeinen, doch durch ihre bürgerliche Stellung ein gewisses Ansehen beanspruchen dürfen.

Als Beweggründe dieses Verlangens nach einer durchgreifenden Umgestaltung der Bundesverfassung hört man folgende Ansichten aufstellen:

„Mit der Verfassung und dem Organe des deutschen Bundes kann die Nation keine ernstliche Gefahr bestehen. Die Erfahrung hat abermals gezeigt, daß in diesem Bunde die Regierungen sich nicht zu einer Gesammtmacht vereinigen. Ebenso wenig werden durch den Bund die gemeinsamen innern Angelegenheiten der Nation und ihre friedlichen Beziehungen zum Auslande gefördert. Was dafür geschehen ist, beruht auf Verträgen zwischen Regierungen, welche der Gewähr für Dauer und Fortbildung wie gegen Verletzung ermangeln. Soll Deutschland die Möglichkeit gewinnen, eine Gesammtmacht zu werden, so bedarf es für seine gemeinsamen Angelegenheiten einer Centralgewalt und einer Vertretung der Nation."

In diesem Wunsche nach einer Centralgewalt und einer Vertretung der Nation bei derselben vereinigen sich Alle, welche die Wiederkehr von Zuständen vermieden wissen wollen, von deren Dasein die jüngste Vergangenheit ein höchst demüthigendes Zeugniß gegeben hat. Nur in der

~~Nur in der~~ Art und Weise wie dieses Ziel zu erreichen, weichen die verschiedenen Fractionen unter einander ab. Während die Versammlungen in Eisenach, Hannover, Gotha, Heidelberg und andern Orten den gordischen Knoten dadurch schnell zu durchhauen meinen, indem sie Preußen die Hegemonie in Deutschland zuerkennen und seinen Staatsmännern die Wahl der Mittel überlassen, die zu diesem Ziele führen mögen, erkennen andere patriotische Männer in Würzburg, Amberg, Stuttgart &c. die Nothwendigkeit an, Oesterreich in seinem Verhältnisse zum deutschen Bunde zu erhalten, überlassen es aber Preußen, diesen Zwiespalt der Interessen zweckgemäß zu lösen. Noch andere Reformfreunde meinen die festere Gestaltung Deutschlands gewinnen und die gefährliche Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen dadurch beseitigen zu können, daß sie einen engern Bund der deutschen mittlern Königreiche mit den Herzogthümern und Fürstenthümern vorschlagen, mit wechselnder Vorstandschaft der vier Königreiche und einer Volksvertretung. Alle diese verschiedenen Strömungen der öffentlichen Meinung berufen sich natürlich auf zahlreiche Gesinnungsgenossen, um dadurch ihren Ansichten um so größeres Gewicht zu geben.

Der Gegenstand ist wichtig genug, ihm eine eingehende Aufmerksamkeit zu schenken. Wem ist die Macht und die Würde unseres Gesammtvaterlandes nicht heilig, wer wünschte nicht, diesen unglücklichen Zwiespalt der Interessen beseitigt zu sehen, und trüge nicht gern nach dem Umfange seiner Kräfte das Seinige dazu bei! Wer wünschte jemals wieder eine Zeit zu erleben, wie sie die erste Hälfte dieses Jahres bot, wo die größere Masse des deutschen Volks nebst den Regierungen von dem einmüthigen Verlangen

beseelt war, den frechen Angriff des Auslands auf Deutschlands Ehre und Macht entschieden zurückzuweisen, und nur deshalb daran verhindert wurde, weil die deutsche Großmacht Preußen in dem Angriffe Frankreichs auf Oesterreich keine Feindseligkeit gegen Deutschland erblickte, als Napoleon III. seine Truppen gegen die italienischen Provinzen des Kaiserstaats marschiren ließ.

a. Preußens Hegemonie im Kriege und in der Diplomatie.

Die Freunde der deutschen Einheitsidee unter dem Vorsitze Preußens fühlten namentlich in der gegenwärtigen Weltlage, wie sie durch den Frieden von Villafranca geschaffen worden ist, eine dringende Aufforderung an Deutschland sich in einer einer engern Verbindung zu vereinigen. „Der Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich ist beendet," heißt es in der hannoverschen Erklärung. „Damit ist aber eine Sicherheit des öffentlichen Rechtszustandes in Europa nicht herbeigeführt. Die Conflicte in Italien, welche den Krieg zunächst hervorgerufen haben, sind nicht gelöst, allem Anscheine nach sogar noch vergrößert. Das bedrohende militairische Uebergewicht Frankreichs ist durch den Krieg noch erhöht. Ueberall in Europa finden wir gährende Zustände, welche neue Verwickelungen und Kriege, auch Angriffskriege gegen Deutschland in nächster Zukunft schon als möglich erscheinen lassen.

„Um solchen Gefahren sicher entgegentreten zu können, ist für Deutschland ein kräftiger Aufschwung des nationalen Geistes und eine rasche Entwickelung seiner politischen Kräfte dringend erforderlich. Einem solchen Aufschwunge sind aber die jetzigen Formen der Bundesverfassung offen=

bar hinderlich. Diese Verfassung hatte sich schon vor dem Jahre 1848 und noch mehr während der Bewegungen desselben Jahres als ganz unhaltbar erwiesen. Nach 1848 als Nothbehelf einseitig von den Regierungen wieder ins Leben gerufen, hat sie noch deutlicher gezeigt, daß durch sie die Interessen der Nation nicht befriedigt und feste Rechtszustände in deutschen Staaten nicht begründet werden können. Der so eben beendigte Krieg hat uns leider überzeugen müssen, daß auch die Bundeskriegsverfassung für ein rasches und einmüthiges Handeln gegen äußere Gefahren keine Gewähr darbietet.

„Das Verlangen nach einer einheitlichen Verfassung Deutschlands unter Betheiligung von Vertretern des deutschen Volkes an der Leitung seiner Geschicke mußte daher immer größer werden. Nur eine größere Concentrirung der militärischen und politischen Gewalt, verbunden mit einem deutschen Parlament, wird eine Befriedigung des politischen Geistes in Deutschland, eine reiche Entwickelung seiner inneren Kräfte und eine kräftige Vertretung und Vertheidigung seiner Interessen gegen äußere Mächte herbeiführen können.

„So lange das deutsche Volk an einer Reform seiner Verfassung nicht verzweifelt und nicht allein von einer revolutionären Erhebung Rettung von innern und äußern Gefahren sucht, ist der natürlichste Weg, daß eine der beiden deutschen Großmächte die Reform unserer Bundesverfassung ins Leben zu führen unternimmt.

„Oesterreich ist dazu außer Stande. Seine Interessen sind keine rein deutschen, können es auch niemals werden. Daneben wird die neuerdings selbst von der Regierung als

nothwendig erkannte Reform seiner innern Zustände Oesterreichs volle Aufmerksamkeit auf lange Jahre in Anspruch nehmen. Alle Kräfte wird es anspannen müssen, seine zerrütteten Finanzen zu ordnen, die Privatrechts- und kirchlichen Zustände zu bessern, dadurch und mit veränderten Landesverfassungen den Ausbrüchen der Unzufriedenheit zu begegnen, die fast in allen Theilen seines Reichs, namentlich in Italien und Ungarn und manchen slavischen Provinzen angehäuft ist. Hier liegen für Oesterreich Aufgaben, so umfangreich und schwierig, daß eine Ableitung und Zersplitterung seiner Kräfte für die ferner stehenden deutschen Zwecke die zunächst gebotene Lösung der innern Wirren als nahezu unmöglich erscheinen läßt.

„Unsere Hoffnung richten wir daher auf Preußens Regierung, welche durch den im vorigen Jahre aus freiem Antriebe eingeführten Systemwechsel ihrem Volke und ganz Deutschland gezeigt hat, daß sie als ihre Aufgabe erkannt hat, ihre Interessen und die ihres Landes in Uebereinstimmung zu bringen, und für einen solchen Zweck Opfer an ihrer Machtvollkommenheit nicht scheut. Die Ziele der preußischen Politik fallen mit denen Deutschlands im Wesentlichen zusammen. Wir dürfen hoffen, daß die preußische Regierung mehr und mehr in der Erkenntniß wachsen wird, daß eine Trennung Preußens von Deutschland und die Verfolgung angeblich rein preußischer Großmachtszwecke nur zu Preußens Ruin führen kann. Und das deutsche Volk hat in den letzten Wochen in den meisten Theilen unsers Vaterlandes mit Einmüthigkeit zu erkennen gegeben, daß für die Zeiten des Kriegs und der Gefahr die Vertretung unserer Interessen und die Leitung unserer mili-

tärischen Kräfte vertrauensvoll in Preußens Hände gelegt werden solle, sobald nur klare Ziele, eine feste Leitung und ein entschiedenes Handeln von Preußen zu erwarten ist.

„Die letzten Monate haben von Neuem bewiesen, daß es gegenüber den mit einheitlicher Gewalt ausgerüsteten Militärstaaten, welche uns im Westen und Osten umgeben, nicht gerathen ist, bis auf die Stunde der Gefahr zu warten, um erst bei ausbrechendem Kriege zu versuchen, ob gemeinsame Beschlüsse der deutschen Regierungen über ein rasches und energisches Handeln zu erreichen sind. Wir bedürfen einer Bundesverfassung, welche schon im Voraus die Gewähr eines schleunigen und einmüthigen Handelns bietet.

„Ein großer Theil Deutschlands — und wir mit ihm — hat daher die Erwartung, daß Preußen in der Zeit der Ruhe und Vorbereitung, welche uns jetzt vielleicht nur für kurze Zeit gewährt ist, die Initiative für eine möglichst rasche Einführung einer einheitlichen und freien Bundesverfassung ergreift. Es wird damit allerdings einer großen und schwierigen Aufgabe sich unterziehen. Es wird dabei aber nicht vergessen, daß es mit Deutschlands Kräftigung auch sich selbst schützt. Auch die Hoffnung wird es festhalten, daß einer loyalen und kräftigen Politik es endlich gelingen wird, das Widerstreben und die Schwierigkeiten, welche der Ausführung entgegentreten, zu überwinden.

„Die deutschen Bundesregierungen werden freilich dem Ganzen Opfer bringen müssen, wenn eine mehr concentrirte Verfassung in Deutschland eingeführt werden soll. Schwerlich aber werden sie Angesichts der bevorstehenden europäi-

schen Krisen sich lange der Ueberzeugung verschließen, daß für die Interessen des Vaterlandes nicht allein, sondern auch für ihre eigenen, eine einheitlichere Gewalt in Deutschland eine Nothwendigkeit ist. Umgeben von autokratisch regierten, stark centralisirten Militärstaaten können in Mitteleuropa nur straffer organisirte Völker und Staaten ihre Unabhängigkeit und Existenz auf die Dauer retten. Und besser ist es doch, einen Theil seiner Regierungsbefugnisse auf eine deutsche Bundesgewalt übertragen, als sie ganz an Frankreich oder Rußland verlieren.

„Groß sind die Gefahren für Europa und Deutschland. Nur rasche Entschlüsse können Hülfe bringen. Möge daher Preußen nicht länger zögern, möge es offen an den patriotischen Sinn der Regierungen und den nationalen Geist des Volkes sich wenden und schon in nächster Zeit Schritte thun, welche die Einberufung eines deutschen Parlaments und die mehr einheitliche Organisation der militärischen und politischen Kräfte Deutschlands herbeiführen, ehe neue Kämpfe in Europa ausbrechen und ein unvorbereitetes und zersplittertes Deutschland mit schweren Gefahren bedrohen.

„Der patriotische Sinn des deutschen Volkes wird die preußische Regierung auf diesem Wege unterstützen. Politische Meinungen und Parteizwecke werden sich dem praktischen Bedürfnisse des Augenblicks und dem Wohle des Ganzen unterordnen. Auch die Regierungen, hoffen wir, werden sich der, auf eine friedliche Reform gerichteten, nationalen Bewegung nicht entziehen, welche das deutsche Volk zu den größten Opfern bereit findet, um endlich eine Gesammtverfassung des Vaterlandes zu erreichen, die nach Innen das Recht und die freie Entwickelung der Einzelnen,

nach Außen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Nation sichert."

Also die Einberufung eines deutsches Parlaments und durch dieses die Uebertragung der obersten militärischen und diplomatischen Leitung Deutschlands an Preußen erschien den Patrioten die dringendste Forderung des Augenblicks, während zugleich die Fürsten Deutschlands ermahnt werden, sich dieser und anderen Umänderungen der Bundesverfassung freiwillig zu unterwerfen, und die Nation ermuntert wird, diesen Entschluß durch freundliches Drängen baldmöglichst zu Tage zu fördern. Wäre den hannoverischen Patrioten ihr Aufruf gelungen, so würden wir Erscheinungen wie im Frühlinge des Jahres 1848 sich wiederholen gesehen haben. Doch treu ihren Mahnungen einer friedlichen Agitation reihten sich nur Anschlußerklärungen aus verschiedenen Städten Hannovers an, unter denen auch manche abweichende Ansichten laut wurden, wie die des Städtchens Burgdorf, dessen Stadtverordnete einen Ausschluß Oesterreichs aus der künftigen, straffer organisirten Bundesversammlung nicht zugeben wollten. Diese abweichende Ansicht mit den entgegenstehenden Beschlüssen zu vereinigen, ist man wohl in Gotha auf den Gedanken gekommen, in die Ergebenheitsadresse an Preußen den Satz einzuschieben: „Die bestehende völkerrechtliche Verbindung (d. h. der gegenwärtige deutsche Bund) erhält für Preußen und die rein deutschen Staaten durch die Herstellung einer einheitlichen Leitung mit National-Vertretung die nothwendige Ergänzung; sie bleibt für Oesterreich, Dänemark und Niederland in den Zwecken der Bundesacte unverkümmert. Allerdings wird dann Deutschland

weder fremden Interessen dienen, noch dulden müssen, daß bundesgesetzliche Bestimmungen und Leistungen unerfüllt bleiben; dafür aber bleiben auch Oesterreich, Dänemark und Niederland nach wie vor mit dem geeinigten Deutschland in einem festen Bundes-Verhältnisse, welches ihnen in ihren außerdeutschen Interessen niemals gefährlich werden, wohl aber in Gefahren eine feste Stütze gewähren kann."

Von weiterem Ausbau der Idee, die hiermit für eine Organisation Deutschlands angeregt war, haben wir nichts vernommen. Man überließ Preußen die freie Bewegung, die zur Erreichung des Ziels geeigneten Schritte beim Bunde wie bei den einzelnen deutschen Regierungen zu thun. Bisher ist auch das nicht geschehen, vielmehr verbreiteten angeblich unterrichtete Berliner Correspondenzen die Ansicht, daß die preußische Regierung keineswegs gesonnen sei, auf diese doch immer nur sehr vereinzelt auftretenden Demonstrationen aus der Mitte der Nation kein besonderes Gewicht zu legen, sondern die Dinge erst bedeutungsvoller an sich herantreten zu lassen, ehe sie ernstere Schritte am Bundestage unternehme. Dieser Gedanke lag übrigens auch ziemlich nahe. Die Verhältnisse in Deutschland, wie sie nun einmal eine praktische Gestaltung angenommen haben, sind keineswegs dazu angethan, einer friedlichen Ausführung der Einheitsidee das Wort zu reden. Die Erfahrung, welche dasselbe Preußen vor noch nicht ganz zehn Jahren auf demselben Wege gemacht hatte, mußten jetzt doppelt maßgebend sein.

Als König Friedrich Wilhelm IV. die ihm vom Frankfurter Parlemente angetragene Kaiserkrone abgelehnt hatte, ließ er von seinen Ministern eine Verfassung für

Deutschland entwerfen, welche von der Einheitsidee der vollziehenden Gewalt ausging und demnach die souveränen Befugnisse der deutschen Staaten wesentlich beschränkte. Zur Berathung der Grundlage dieses Bundesstaates, wie er später genannt wurde, waren die Gesandten Oesterreichs, Bayerns, Sachsens, und Hannovers am 17. Mai 1849 in Berlin zusammengetreten; schon nach der ersten Sitzung zog sich aber der Vertreter Oesterreichs von diesen Berathungen zurück, da Preußen eine Ausschließung Oesterreichs und ein besonderes Bündniß mit dieser Macht beantragte. Darauf verweigerte auch Bayern dem Bundesvertrag vom 26. Mai beizutreten, Hannover trat demselben mit dem Vorbehalte bei, daß sämmtliche deutsche Regierungen an dem Werke theilnähmen, während Sachsen seinen Beitritt nur unter der Bedingung zusagte, wenn außer Oesterreich wenigstens auch Bayern und alle übrigen kleinen Staaten dem Bunde angehörten und Oesterreich seine Zustimmung zu demselben ertheilt hätte. Diese Vorbehalte blieben auf Preußens Wunsch längere Zeit der Oeffentlichkeit entzogen, weil man dadurch den allseitigen Anschluß an die Berliner Union zu fördern hoffte; doch wurde diese Absicht nur sehr unvollkommen erreicht, indem die kleinen deutschen Staaten vorsichtig genug waren, sich nicht unbedingt zu verpflichten. So erklärten denn bis zum 1. Juli 23 kleine Staaten und die Hansestädte ihren Anschluß an den preußischen Bundesstaat, doch waren die Ansprüche und Verwahrungen, unter denen dieser Anschluß geschah, so manchfache, daß zunächst ein Schiedsgericht in Erfurt niedergesetzt wurde, um eine Ausgleichung der dissentirenden Meinungen zu Stande zu bringen. Leider, ohne Erfolg, denn schon jetzt zeigte sich

ein unheilvoller Widerspruch: Sachsen und Hannover verweigerten die definitive Zustimmung zu dem Vertrage, so lange nicht sämmtliche deutsche Staaten ihren Beitritt zugesagt hätten, die beiden Mecklenburge, erzürnt über das preußische Benehmen in ihrem Verfassungsstreite, zogen sich mehr und mehr zurück, die Hansestädte verlangten freie Hand in Handels- und Zollsachen gegen etwaige Parlamentsbeschlüsse, und als Preußen die Hand zur Bildung des sogenannten Interim bot und mit Oesterreich die Bundes-Central-Commission am 30. September 1849 einsetzte, auf diese Weise aber auch das Fortbestehen der frühern Bundesverhältnisse anerkannte, mußte das Vertrauen auf das Fortbestehen der Union zunächst unter den Fürsten Deutschlands sehr erschüttert werden. Der Anfangs Mai 1850 in Berlin abgehaltene Fürstentag, ließ darüber keinen Zweifel zu. An Hannover erging keine Einladung, der König von Sachsen lehnte die an ihn ergangene ab, der Großherzog von Hessen schützte Kränklichkeit vor, der Herzog von Nassau blieb ebenfalls fern von Berlin, und wenn auch die übrigen Fürsten erschienen waren, so kündigte doch der Kurfürst von Hessen seinen Rücktritt unzweideutig an; bei den Ministerconferenzen sah man die hessischen, mecklenburgischen, lippe-schaumburgischen Abgeordneten gar nicht, die Hansestädte erneuerten die ihre frühern Verwahrungen; nur der Großherzog von Oldenburg, die Herzoge von Coburg-Gotha und Braunschweig blieben der Union zugethan, vermochten aber den Bestand des Bundes nicht zu schützen. Wir wollen nicht tiefer in den Gang und die trostlosen Resultate dieses Fürstentags von Berlin eingehn, da wir hier keine Geschichte jener für Deutschlands poli-

tische Befähigung sehr demüthigende Zeit schreiben. Wir begnügen uns, nur damit anzuzeigen, daß der König von Preußen selbst in seiner Abschiedsrede an die versammelten Fürsten am 17. Mai erklärte, daß der Zweck der Union verfehlt sei, und die Nothwendigkeit eines allgemeinen deutschen Bundes, dessen Grundlagen in Frankfurt zu suchen wären, ausdrücklich anerkannte.

Interessant ist es übrigens, einen Rückblick auf die damalige öffentliche Meinung, wie sie in Zeitungsartikeln und Broschüren zu Tage trat, über diese preußische Union zu werfen. Er wird uns am besten über die Bestrebungen unserer Zeit, die ja nach demselben Ziele gehen, aufklären.

Zunächst begegnen wir hier dem, wie uns scheint, sehr wichtigen Bedenken, welche Stellung Oesterreich zu dem engeren Bundesstaate einnehmen würde. In dem mit Gewalt von Deutschland losgelösten Oesterreich, meinte man, müsse in nächster Zeit das slavische Element zur Herrschaft gelangen, damit aber zugleich die Politik dieses Staats eine deutsch-feindliche werden. Unter dem Abschnitte „Der Reichstag“ in der Reichsverfassung vom 28. Mai war zwar der ausdrückliche Zusatz zu lesen: „So lange die deutsch-österreichischen Lande nicht zum Bundesstaate gehören, besteht der Reichstag ꝛc.“; die preußische Regierung gab sich also eine Zeitlang der Hoffnung hin, daß Oesterreich entweder als Gesammtreich zerfallen und seine deutschen Provinzen mit Deutschland vereinigt — oder Oesterreich bewogen werden könnte, nur mit diesen Provinzen sich dem preußisch-deutschen Reiche anzuschließen. In dem übrigen Deutschland gab man sich einer so sanguinischen Hoffnung nicht hin. Man fürchtete Oesterreichs Verstimmung, man

fürchtete ein mögliches Bündniß des wiedererstarkten Oesterreichs mit Frankreich und Rußland und sah mit Besorgniß voraus, daß in solchem Falle das unvollkommen geeinigte Deutschland nicht die Kraft besitzen werde, diesen drei Mächten einen siegreichen Widerstand entgegenzusetzen. „Schon der Hinblick auf ein solches Ereigniß," heißt es in einer Flugschrift aus damaliger Zeit, „dessen Möglichkeit Niemand zu bestreiten wagen wird, mußte das Verbleiben Oesterreichs im Bunde, selbst ohne alle Rücksicht auf dessen gutes Recht und die Unauflöslichkeit des bestehenden deutschen Bundes, als eine ganz unerläßliche Forderung erscheinen lassen."

Aber auch die Ausführung der preußischen Bundesstaatsidee mißfiel den verschiedenen Parteien. Daß die sogenannte Volkspartei die Berliner Verträge verwarf, verstand sich selbstredend, denn sie sah in der Berliner Reichsverfassung nur einen schwächlichen Abklatsch der Frankfurter Reichsverfassung, aus dem das Beste der letzteren weggeblieben war. Aber auch gemäßigte Männer waren der Ueberzeugung, daß die neue Schöpfung die Mängel der Frankfurter Reichsverfassung, abgesehen von ihren demokratischen Zuthaten, nicht beseitigt, dagegen neue hinzugefügt und namentlich einen voraussichtlich ebenso schleppenden Geschäftsgang bei der vollziehenden Gewalt vorbereitet habe, wie er von je einer kraftvollen Leitung der allgemeinen Angelegenheiten Deutschlands hinderlich gewesen war. Die altpreußische Partei fand dagegen den Unterschied zwischen dem Werke der Paulskirche und seiner zweiten Auflage nicht durchschlagend genug und konnte sich zu keiner Zeit mit Einrichtungen versöhnen, in denen sie den Untergang Preußens erblickte. Nur Gagern und seine Freunde

erklärten sich mit dem Dargebotenen zufrieden, beriefen ihre Parteigenossen zu einer Zusammenkunft in Gotha auf den 26. Juni, wo sie über die Mittel und Wege beriethen, der preußischen Regierung auf dem eingeschlagenen Wege Vorschub zu leisten und erhielten von dieser Zeit an den Beinamen „Gothaner."

Sollten nicht diese Erinnerungen aus einer nur wenige Jahre alten Vergangenheit geeignet sein, die wahrhaft patriotischen Männer, welche sich den oft erwähnten Erklärungen angeschlossen, über den eingeschlagenen Weg zu einer Bundesreform Bedenken einzuflößen? Wenn es wahr ist, daß Europa, daß Deutschland vor Allem einer Zukunft voll drohender Gefahren entgegengeht, ist es da wohl gerathen, alle bestehenden Verhältnisse zu lösen und das Vaterland in das Wirrsal von Berathungen und Parteistreitigkeiten gewaltsam hineinzuschleudern, aus denen alles Andere als eine concentrirte Macht Deutschlands hervorgehen dürfte? Wir legen keinen besonderen Werth auf die soeben angeführten Ausstellungen der einzelnen Parteien der Jahre 1849 und 1850 über die damaligen Berliner Verfassungsentwürfe, denn wie kurz auch die Vergangenheit ist, so läßt sich doch denken, daß die damals gewonnenen Erfahrungen zu einer besseren Einsicht der Verhältnisse geholfen haben werden. Aber Verfassungsartikel, wie günstig und gewandt sie auch abgefaßt sein mögen, reichen nur nicht aus, den Geist zu bannen, der zu ihrem Vollzuge nothwendig erscheint. Der Geist der Eintracht und des einmüthigen Zusammenwirkens wird jeder Verfassung, mag sie auch noch so fehlerhaft sein, eine Kraft und Bedeutung geben, welche über alle Mängel hinweghilft. Wir haben es ja in den vergangenen Monaten

gesehen. Trotz der so sehr verschrieenen Bundesverfassung war ganz Deutschland bereit, für die Ehre und Unverletzlichkeit Deutschlands einzustehen, und wenn Preußen sich von der vorgefaßten Ansicht hätte freimachen können, daß der Kaiser der Franzosen ein Recht habe, in die italienischen Angelegenheiten selbstwillig einzugreifen, daß Deutschlands Ehre bei dem frivolen Angriffe gegen Oesterreich nicht betheiligt sei, würde unser Vaterland ganz anders dastehen im Rathe der Völker Europas. Wir würden uns nicht bittere Schmähungen von Rußland, Frankreich und England sagen lassen müssen, und die Gefahr, von der man jetzt mit solcher Emphase spricht, wäre im Keime erstickt worden. Dieselben Ansichten, die von dem Theile der deutschen Presse, welche man höhnend die österreichische nannte, weil sie Deutschlands Macht in Oesterreich verficht, dieselben Ansichten, die man nicht genug mit Schmähungen und Lästerungen brandmarken zu können glaubte, werden jetzt mit staunender Ehrfurcht in den gelesensten Blättern Deutschlands nachgedruckt, weil sie Mazzini, der Agitator Italiens, ausspricht. Dieselbe Kurzsichtigkeit, dieselbe totale Verkennung der napoleonischen Politik, die er Englands Staatsmännern vorwirft, muß auch Preußen zum Vorwurf gemacht werden, — ist ihm auch zum Vorwurf gemacht worden, — leider ohne Erfolg. Vermögen wir aber die Zeichen der Zeit nicht richtig zu lesen, so wahrt uns aller Ganz einer einheitlichen Verfassung vor demüthigenden Erfahrungen nicht.

Das scheint auch die preußische Regierung einzusehen, indem sie dem angeblichen Drange nach Reformen keine bemerkbare Berücksichtigung schenkt. Ja die ganze Richtung muß Mißtrauen gegen sich erwecken, da Gagern, das Haupt

der Partei, die sich in den jüngsten Tagen so sehr in den Vordergrund der Ereignisse zu drängen sucht, sichtbar zurücktritt und kein Lebenszeichen von sich giebt, und doch ist gerade sein Schweigen von beredter Bedeutung. Entweder hat er im Laufe der Zeit eine andere Ansicht über die deutschen Angelegenheiten gewonnen oder er mißtraut der ganzen Bewegung und legt ihr andere Motive zu Grunde, als sie zur Zeit einzugestehen für gut findet. Das letztere ist sehr wahrscheinlich. Sprachen doch schon öffentliche Blätter von einem „Programm der deutschen Partei", welches ein bedenkliches Streiflicht auf die Ausartungen des national-patriotischen Eifers dieser Partei wirft. Dieses Programm lautet angeblich also: 1. Gestaltung einer einzigen großen nationalen Partei mit derselben Stellung zu Preußen, wie sie früher die Constitutionellen in Italien zu Piemont einnahmen. 2. Die Partei sieht ganz von Oesterreich ab. In dieser Richtung hat sie den Zeitpunkt abzuwarten, wo dieses Reich durch eine neue nationale Bewegung in seine Provinzen zersprengt wird. Dann fallen die deutsch-österreichischen Provinzen von selbst an Deutschland. 3. Die jetzige Thätigkeit beschränkt sich auf eine moralische Action, welche alle Heftigkeit vermeidet, um das ganze Volk allmählig zu der Ueberzeugung zu bringen, daß nur die Einheit Heil bringt und daß diese nur durch Preußen zu erlangen ist. 4. Der Zeitpunkt der That ist derjenige, wo Frankreich durch innere Bewegungen und Unruhen, die nicht ausbleiben, gezwungen wird, die Umgestaltung Deutschlands geschehen zu lassen. Wahrscheinlich ist das derselbe Moment, in welchem Piemont einem Aufstande in Venedig zu Hülfe kommt und somit Oesterreich beschäftigt ist. Diese Constellation

würde das Gelingen sichern, dagegen der frühere Versuch wegen des Widerstandes Frankreichs, Oesterreichs und Bayerns scheitern. 5. Die Aufgabe Preußens wird jetzt sein, durch volksthümliche Fortschritte im Innern, sowie durch Begünstigung der Volksbestrebungen gegenüber den Regierungen die endliche Einigung vorzubereiten.“ Wir enthalten uns jedes weitern Commentars über diese Mittheilung, deren Begründung wir überdem dahingestellt sein lassen. Bezeichnend ist aber immer für die Bestrebungen der Partei, daß von allen Blättern, die sich diesen Einigungs-Gedanken hingeben und sie warm befürworten, Deutschland schon jetzt in eine nationale und dynastische Partei getheilt wird, mit welcher letztern man, wie man sagt, gewiß bald fertig werden würde. Also durch Gewalt gedenkt man alle bestehenden Verhältnisse umzustürzen und auf deren Ruin eine neue glorreiche Zeit zu gründen? Diese Eintheilung des deutschen Volks dürfte aber doch noch immer mindestens verfrüht genannt werden müssen; sonst würde man doch von den Freunden des Projects eines preußisch-deutschen Einheitsstaats nicht Vorschläge und Mahnungen vernehmen, wie erst eine nationale Partei gebildet werden könne und müsse. Damit gestehen die sogenannten Patrioten ja selbst ein, daß ihre Ansicht weder in den gebildeten Kreisen noch unter den Politikern von Fach, von der größern Menge des Volks gar nicht zu sprechen, diejenige Unterstützung gefunden, welche sie berechtigt, sich bereits als fertige Partei hinzustellen! Dies sowohl wie andere Rücksichten haben überhaupt die Erwartungen sichtbar niedergedrückt. Mehrere Wochen sind bereits vorübergegangen und noch hat sich die Zahl Derjenigen, welche den Erklärungen in Eisenach und

Hannover anschlossen, nicht über 1000 Männer ausgedehnt, und von dieser Zahl darf man billiger Weise die Beitrittserklärungen aus Hannover ausscheiden, da in diesem Lande die Opposition gegen die Regierung nicht geringen Antheil an denselben haben möchte. Von der schleunigen Berufung eines Parlaments ist ebenfalls bereits Abgang genommen worden, da man eingesehen hat, daß ein solches unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Wirksamkeit erlangen würde. In Preußen namentlich hat man überdem bereits gefunden, daß bei einem solchen deutschen Parlamente möglicherweise die preußischen Abgeordneten wiederum in manchen Fällen in der Minorität bleiben und also durch Majoritätsbeschlüsse gemaßregelt werden könnten. Das ganze Project beruht also demnächst auf Verneinungen, ohne irgend einen positiven Anhaltspunkt für den Neubau der ersehnten Bundesreform darzubieten, gerade wie 1850, wo die preußische Verfassung nicht unwesentlich beitrug, das Unionsproject in sich verfallen zu lassen. Bedürfen wir noch schlagenderer Gründe, um die Richtigkeit der neuen Einheitsformel aufzuweisen?

b) Die Dreitheilung Deutschlands.

Es versteht sich von selbst, daß der Vorschlag, durch eine preußische Hegemonie Deutschland eine größere innere und äußere Einheit zu geben, noch andere Entwürfe hervorrief, um denselben Zweck in einer den Verhältnissen entsprechenderen Weise zu erreichen. Unter diesen Entwürfen nimmt der Plan, die mittlern und kleinern Staaten in einem engeren Bunde zu vereinigen, eine hervorragende

Stellung ein. Die Begründer dieses Entwurfs gehen von der Ansicht aus, daß die Zerrissenheit Deutschlands und die daraus hervorgehende Ohnmacht unseres Vaterlandes vorzugsweise eine Folge der Eifersucht sei, welche zwischen Preußen und Oesterreich herrsche. Sie verhindere hauptsächlich jede schnelle und einmüthige Beschlußfassung am Bunde, jede einheitliche Leitung des gemeinsamen Vaterlandes, jede ersprießliche Entwickelung der materiellen und geistigen Interessen Deutschlands. Es sei eine durch Jahrelange Erfahrung erhärtete Thatsache, daß der Bund und seine Berathungen der Tummelplatz seien, auf dem sich die preußische und österreichische Politik bekämpfe und gegenseitig zu lähmen suche. Wäre es möglich, diese eifersüchtigen Bestrebungen von dem Sitze der Bundesversammlung zu entfernen, so wäre zugleich die Lösung der Aufgabe gefunden, welche Deutschland schon seit so langen Jahren beschäftige. Eine solche Möglichkeit biete aber in der That eine Vereinigung der mittlern und kleinern deutschen Staaten zu einem festgeschlossenen Ganzen. Sie bildeten den eigentlichen Kern der deutschen Nation, da keiner dieser Staaten durch den Besitz außerdeutscher Provinzen neben den deutschen noch ein fremdes Interesse zu berücksichtigen habe. Ihre Interessen seien in der That und ohne Ausnahme dieselben; ihre rückhaltlose Hinneigung zu demselben Zwecke, zu derselben Politik sei also fast durchgehends vorauszusetzen. Zugleich böten sie in ihrer Gesammtheit immer ein Achtung gebietendes Ganze, denn ihre Bevölkerungen bildeten 17½ Millionen Menschen, also gerade so viel als die preußische Monarchie enthalte. Als Gesammtmacht könnten sie daher recht gut ein nicht geringes Gewicht in die

Wagschale der politischen Combinationen Europas werfen. Die Verbindung mit Preußen und Oesterreich brauche durch diese engere Vereinigung nicht aufgegeben zu werden, ja sie werde von beiden Großmächten in gleicher Weise gesucht werden, da sie bei jeder Combination von unleugbarem Interesse sei. Preußen könne seine europäische Großmachtstellung ohne Verbindung mit dem übrigen Deutschland nicht aufrecht erhalten und werde daher fast gezwungen sein, in freundlichem Verkehr mit diesem engern Bunde zu bleiben und selbst Oesterreich werde durch eine Anlehnung an dieses engere Deutschland in allen politischen Conflicten seine Macht stärken und befestigen. Damit wäre also nicht nur jeder Anlaß zu fernern Eifersüchteleien zwischen den beiden deutschen Großmächten gehoben, sondern auch der Weg zu einer Vereinigung der Interessen beider gelegt, der nicht anders als segensreich für das große Ganze wirken könne.

Auch einen leicht ausführbaren Verfassungs-Modus hat man bereits der öffentlichen Beurtheilung für diesen engern Bund vorgelegt. Danach soll aus den vier Königreichen ein Directorium gebildet werden, in welchem nach einem Turnus von 1 oder 4 Jahren je eines der Königreiche den Vorsitz führt und die ausübende Gewalt bildet. Neben den eigentlichen Bundesgesandten der verschiedenen Staaten würden Abgeordnete aus den einzelnen landständischen Versammlungen das Volkshaus bilden, in denen stets nur die Majorität bei den Beschlußfassungen gelten solle. Wir übergehen die weiteren Bestimmungen, als für unsern Zweck nicht nothwendig und verweisen unsere Leser, die sich darüber weiter unterrichten wollen, auf die Pfälzer Zeitung,

und den Correspondenten von und für Deutschland, in denen diese Angelegenheit weitläufiger besprochen war.

Hier wird doch wenigstens ein fester positiver Kern geboten, der den bestehenden Verhältnissen geziemende Rechnung trägt und um den sich bei etwaigen weiteren Verhandlungen dauernde Zustände, eine vielleicht gesicherte Zukunft anschließen könnten, während der Plan der sogenannten nationalen Partei sich keck über das Bestehende hinwegsetzt und Verhältnisse schaffen will, denen nichts fehlt als der legale, der historische Boden, dem eine vergangene Zeit bereits das Grablied gesungen hat und der, statt ein einiges kräftiges Deutschland zu schaffen, nur Bürgerkriege und wachsende innere Zerüttungen hervorrufen könnte. Preußische und österreichische Stimmen haben freilich den obigen Plan verworfen, ihn als unhaltbar, als unausführbar dargestellt. Wir können über das Ganze nur das nämliche Urtheil fällen, das wir schon oben über die preußische Union aussprachen.

Das Hauptmoment, welches überhaupt Deutschland zu seiner Erstarkung nothwendig ist, besteht immer nur in der festen, auf dem Bewußtsein gemeinsamer Interessen beruhenden Eintracht. Wo sie fehlt, wird jeder Neubau in sich zerfallen. Ist sie aber vorhanden, dann brauchen wir keine Dreitheilung Deutschlands, die immer ein bedauernswerthes Zeugniß der innern Zerklüftung unseres Vaterlandes abgeben würde. Und was sollte die beiden Großmächte Deutschlands abhalten, die Nothwendigkeit dieser einträchtigen Gesinnung einzusehen und durch freiwilliges Aufgeben der ihr feindlichen Sonderstellung sie mit ernstem Willen herbeizuführen? Preußen braucht die Macht der kleinern und

mittlern Staaten als nothwendiges Complement seiner Groß-machtstellung. Das haben nicht allein echt preußischgesinnte Blätter, wie die Nationalzeitung, das hat selbst die preußische Regierung ausgesprochen, als sie in ihrer Depesche vom 6. Juli d. J. die Bundescontingente Deutschlands ihrer Kriegmacht als Hülfstruppen annectiren wollte, um dadurch ihrer vermittelnden Stellung größeres Gewicht zu geben. Oesterreichs Macht und Staat ist aber für Preußens Stellung nicht allein im Falle eines ernsteren Kampfes mit dem Auslande, sondern auch zu der gedeihlichen Entwickelung seiner materiellen Interessen ebenso nothwendig. Die Geschichte der Vergangenheit liefert dazu die überzeugendsten Beweise. Warum sich dieser Nothwendigkeit verschließen, die von den Verhältnissen so deutlich bestätigt wird? warum einem nebelhaften Ziele nachjagen, das, so oft es fast erreicht scheint, in immer weitere Ferne zurücktritt?

Wir haben nachgewiesen, wie nachtheilig die gegenseitige Eifersucht der beiden deutschen Großmächte für sie selbst, wie für das gemeinsame Ganze ist, wie sie nur in der Verkennung ihrer gegenseitigen Stellung, in dem Streben nach einer ausschließlichen Geltendmachung ihres Einflusses auf die mittleren und kleineren deutschen Staaten beruht. Preußen gebe den völlig unbegründeten Verdacht auf, daß Oesterreich seine Erniedrigung wolle, und ein großer Schritt wird zu der so ersehnten Einigung Deutschlands gethan sein. Oesterreich hat zu wiederholten Malen gezeigt, daß es in allen Fragen, denen Preußen oft ein allzu großes Interesse zuwendet, eine Nachgiebigkeit entwickelt, welche der redendste Beweis von seinem eifrigen Wunsche sein dürfte, mit dem Nachbarlande in Einigkeit

zu leben. Preußen gebe sich offen einer unverhüllten, die allgemeinen Interessen berücksichtigenden Politik hin, und das Mißtrauen der kleineren Staaten wird zurücktreten, über das es sich so oft und so bitter beschwert hat. Das sind Punkte von überwältigender Wichtigkeit, die erst erreicht sein müssen, ehe wir an einen Neubau unserer Bundesverhältnisse denken können.

Aber weshalb ein Neubau, wo es darauf ankommt, die vorhandenen Elemente zu benutzen und mit dem nothwendigen schöpferischen Geiste zu befruchten, um weit glänzendere Resultate zu erzielen, als aus jeder Neugestaltung, die, in welcher Form man sie auch denken mag, immer einer Verstümmelung gleichkommen wird? Derselbe Geist, dessen Belebung und Erkräftigung wir fordern, wird der Grundstein zu jedem Neubau sein müssen. Ohne Eintracht und Unterordnung wird weder eine preußisch-deutsche Union, noch eine Vereinigung der mittleren und kleineren Staaten zu Stande kommen. Mit ihnen aber wird auch der so geschmähten Bundesverfassung ein neues Leben eingehaucht werden können. Man lasse sich nur allseitig von der lebendigen Ueberzeugung durchdringen, daß alle Theile je nach ihrer Leistungsfähigkeit zum Bestehen des Ganzen nothwendig sind, und sie wird Wunder wirken zur Reorganisation des Bundes. Es ist wahrlich keine geringe Forderung, die wir an Deutschland, seine Fürsten, Regierungen und Völker stellen; aber ohne sie ist kein Heil für uns zu finden!

Ferner:

Italien und die Karte von Europa.

Deutsche Antwort
auf
Laguerronnière's Napoleon III. und Italien
und
E. de Girardin's Europa im Jahre 1860.

Dritte Auflage. 8. geh. 1859. 7½ Ngr.

Eine vernünftige, historisch begründete Zurückweisung der jüngsten Pariser Wahnsinnsprojecte.

Rußland

bei der Thronbesteigung Paul's I.

Sittliche und politische Stellung dieses Reiches zu Ende des 19. Jahrhunderts.

8. geheftet. 1859. 20 Ngr.

Ein Auszug des Interessantesten der Mém. secr. de la Russie und deren pikanten Schilderungen in anständiger Form; zugleich eine Fortsetzung zu Herzen's vielgelesenem Buche: Memoiren Katharina's II.

Napoleon III.

der Mann der größten
Attentate
des 19. Jahrhunderts.

Zweite Auflage. Lex.=8. geh. 1859. 15 Ngr.

Eine getreue historische Schilderung der „Thaten" des Vielgenannten; ein Versuch zur Feststellung eines richtigen Urtheils über denselben und zugleich ein Beitrag für ein unpartheiisches Conversationslexicon.

Druck von C. G. Naumann in Leipzig.

Die Reformbestrebungen unserer Zeit zerstreute Gedanken über die deutsche Einheit

Leipzig 1859

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10559644-4